



2024

# Tätigkeitsbericht



© Parlamentsdirektion / Michael Buchner

## der Salzburger Bundesratsmitglieder

Dr. Andrea Eder-Gitschthaler

Silvester Gfrerer

Marlies Doppler

Michael Wanner

Salzburg

April 2025

## Inhaltsverzeichnis

Einleitung .....	1
1. Kompetenzen des österreichischen Bundesrates .....	2
1.1 Kompetenzen zur Gesetzgebung .....	2
1.2 Kompetenzen zur Mitwirkung an der Vollziehung .....	3
1.3 Kompetenzen zur Kontrolle der Vollziehung .....	4
2. Europäische Kompetenzen des Bundesrates .....	5
2.1 Stellungnahmen gegenüber dem zuständigen Bundesminister .....	5
2.2 Mitteilungen an EU-Organen .....	5
2.3 Die Subsidiaritätsrüge .....	6
2.4 Die Subsidiaritätsklage .....	7
3. Zusammensetzung des österreichischen Bundesrates .....	7
4. Mandatare .....	9
Dr. Andrea Eder-Gitschthaler, ÖVP .....	9
Silvester Gfrerer, ÖVP .....	13
Marlies Doppler, FPÖ .....	16
Michael Wanner, SPÖ .....	21
5. Niederösterreichische Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2024 .....	25
5.1 Internationaler Frauentag im Parlament .....	26
5.2 Bundesratskonferenz „Jugend ohne Grenzen“ .....	29
5.3 Konferenz zur EU-Strategie für den Donauraum .....	31
6. Oberösterreichische Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 2024 .....	34
6.1 Enquete Demokratie braucht Zukunft - Brücken bauen, Demokratie stärken .....	36
6.2 Österreich wird älter: Expertenforum im Bundesrat .....	46
6.3 Bundesratspräsident Franz Ebner zu Besuch in Polen .....	50
7. Anfragen des Bundesrates 2024 .....	52
8. Übersicht der Tätigkeiten des Bundesrates 2024 .....	62

## Einleitung

Dem österreichischen Bundesrat ist im politischen System des Landes eine wichtige Rolle zugeordnet. Er repräsentiert die Bundesländer und vertritt, seiner verfassungspolitischen Funktion nach, deren Interessen auf Bundesebene. Diese Mitwirkung der Länder an der Bundesgesetzgebung stellt einen zentralen Grundpfeiler in einem föderalen politischen System dar.

Nach Artikel 24 der Bundesverfassung übt der Nationalrat gemeinsam mit dem Bundesrat die Gesetzgebung des Bundes aus. Die zweite Kammer des österreichischen Parlaments ist somit ein Gesetzgebungsorgan des Bundes, weshalb die Mitwirkung an der Erlassung von Bundesgesetzen eine Kernaufgabe des Bundesrates ist.

Eine zweite parlamentarische Kammer erfüllt im politischen System die Funktion der Qualitätsverbesserung des Gesetzgebungsprozesses und der Repräsentation bestimmter Interessen – in diesem Fall, die Interessen der Bundesländer. Hinter der Funktion der Repräsentation bestimmter Interessen steckt der Gedanke, dass ein demokratisches System Gegengewichte im politischen Willensbildungsprozess bedarf.

Wenngleich die Mitglieder des Bundesrates aufgrund des in Artikel 56 Abs. 1 B-VG festgelegten freien Mandates mit keiner rechtlichen oder politischen Verantwortlichkeit gegenüber dem entsendenden Landtag gebunden sind, halten wir es für zweckmäßig, über unsere Tätigkeiten Bericht zu erstatten.

Mitglieder des Bundesrates sind gleichberechtigte Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger. Ebenso wie Landtagsabgeordnete, Mitglieder des Europäischen Parlaments oder Nationalratsabgeordnete. Wir melden uns im Parlament zu Wort, arbeiten in den parlamentarischen Ausschüssen mit, halten Führungen im Parlament, empfangen ausländische Delegationen und nehmen an parlamentarischen Themen-Enqueten und Hearings sowie an Präsidial- und Klubsitzungen teil. Neben diesen vielfältigen Tätigkeiten auf Bundesebene sind wir natürlich auch auf Bezirks- und Gemeindeebene politisch aktiv.

Der vorliegende Bericht beschränkt sich auf unsere Tätigkeiten als Mitglieder des österreichischen Bundesrates und gibt einen Einblick in die zentralen Aufgabenbereiche und Themenfelder der zweiten österreichischen Parlamentskammer.

Allgemein können die Tätigkeiten des österreichischen Bundesrates – ebenso wie die gesamte Bundesgesetzgebung – im Internet auf der Homepage des österreichischen Parlaments ([Startseite | Parlament Österreich](#)) nachvollzogen werden, wobei auch sämtliche parlamentarischen Materialien und Sitzungsprotokolle einsehbar sind. Neben den Übertragungen im öffentlich rechtlichen Fernsehen können die Sitzungen des Bundesrates auch online über die Parlamentsmediathek nachverfolgt werden. ([Mediathek | Parlament Österreich](#))

# 1. Kompetenzen des österreichischen Bundesrates

Allgemein können die innerstaatlichen Kompetenzen des österreichischen Bundesrates in drei unterschiedliche Kategorien unterteilt werden:

- Kompetenzen zur Gesetzgebung
- Kompetenzen zur Mitwirkung an der Vollziehung
- Kompetenzen zur Kontrolle der Vollziehung

An dieser Untergliederung orientieren sich auch die nachstehenden Ausführungen.

## 1.1 Kompetenzen zur Gesetzgebung

### Recht auf Gesetzesinitiativen

Der Bundesrat besitzt nach Artikel 41 Abs. 1 der Bundesverfassung das Recht, Gesetzesvorschläge an den Nationalrat einzubringen. Er kann dies durch einen Mehrheitsbeschluss oder durch einen Gesetzesantrag eines Drittels seiner Mitglieder tun. Mit Ausnahme von Gesetzen, die auf eine Änderung der Geschäftsordnung des Nationalrates abzielen<sup>1</sup>, steht der zweiten Kammer das Recht auf Gesetzesinitiative uneingeschränkt zu.

Jede/r Abgeordnete hat das Recht, selbstständige Anträge auf Ausübung der Gesetzesinitiative des Bundesrates zu stellen. Diese müssen jedoch von mindestens drei Bundesräten (einschließlich Antragsteller) unterstützt werden. Dieses Recht steht nach §23 der Geschäftsordnung des Bundesrates auch jedem Ausschuss zu, sofern der Antrag in einem inhaltlichen Zusammenhang mit dem im Ausschuss behandelten Gegenstand steht.

Über den Antrag auf Gesetzesinitiative hat der Bundesrat mehrheitlich zu beschließen. Wird ein selbstständiger Antrag auf Gesetzesinitiative von mindestens einem Drittel der Bundesräte unterzeichnet oder gemeinsam eingebracht, muss dieser unverzüglich dem Nationalrat zur weiteren Behandlung übermittelt werden, wenn dies von den Unterzeichnern verlangt wird.

### Anfechtung von Gesetzen

Der Bundesrat besitzt nach Artikel 140 Abs. 1 B-VG die Möglichkeit, die Verfassungsmäßigkeit von Bundesgesetzen anzufechten. Der Verfassungsgerichtshof (VfGH) ist verpflichtet, auf Antrag eines Drittels der Mitglieder des Bundesrates über die Verfassungsmäßigkeit von Bundesverfassungsgesetzen und einfachen Bundesgesetzen zu entscheiden. Die Wahrnehmung dieses Anfechtungsrechtes ist dabei an keine Voraussetzungen gebunden.

### Einspruchs- und Zustimmungrechte gegen Gesetzesbeschlüsse

Die Mitwirkung an der Erlassung von Bundesgesetzen ist eine Kernaufgabe des Bundesrates. Allgemein besitzt der Bundesrat ein suspensives Veto gegenüber Gesetzesbeschlüssen des Nationalrates und nur in bestimmten Fällen kommt ihm ein Zustimmungsrecht zu.

Jeder Gesetzesbeschluss des Nationalrates muss nach Artikel 42 des B-VG unverzüglich dem Bundesrat übermittelt werden. Ein Gesetz kann erst beurkundet und kundgemacht werden, wenn der Bundesrat keinen Einspruch erhebt. Ausnahmen bilden Gesetzesbeschlüsse, die die Geschäftsordnung oder die Auflösung des Nationalrates betreffen, sowie bestimmte Finanzgesetze.

Das Verfahren zur Bearbeitung eines Gesetzesentwurfs im Bundesrat ist dem des Nationalrates sehr ähnlich, diesem jedoch zeitlich nachgelagert. Somit entfällt für den Bundesrat die Möglichkeit, auf den

---

<sup>1</sup> Diese dürfen nur durch Anträge von Nationalratsabgeordneten novelliert werden. (vgl. §108 GO-NR)

Inhalt des Gesetzestextes Einfluss zu nehmen. Er kann den Gesetzesbeschluss binnen acht Wochen annehmen, ablehnen oder nichts tun.

Lässt der Bundesrat die Acht-Wochen-Frist verstreichen oder nimmt er den Gesetzesentwurf an, kann das Gesetz kundgemacht werden. Lehnt die Länderkammer den Entwurf mittels begründeten Einspruchs ab, muss der Nationalrat nochmals, unter Berücksichtigung des Vetos des Bundesrates, darüber beraten. Neben der Möglichkeit, den Gesetzestext nochmals einem Ausschuss zuzuweisen, besitzt der Nationalrat das Recht, nochmals über den unveränderten Gesetzesentwurf abzustimmen. Für solch einen Beharrungsbeschluss bedarf es eines erhöhten Präsenzquorums von mindestens 50 Prozent der Nationalratsabgeordneten. Gegen einen Beharrungsbeschluss kann der Bundesrat keinen Einspruch mehr erheben. Wird der Gesetzesentwurf jedoch noch einmal überarbeitet, hat die zweite Kammer ein neuerliches Einspruchsrecht.

Einsprüche des Bundesrates haben somit eine aufschiebende Wirkung (suspensives Veto). Der Nationalrat wird dazu gezwungen, seinen Beschluss erneut zu fassen, verhindert wird ein Gesetzesvorhaben dadurch nicht.

In einigen Fällen ist die ausdrückliche Zustimmung des Bundesrates jedoch zwingend erforderlich (absolutes Veto):

- Änderungen bezüglich der Einrichtung und Zusammensetzung des Bundesrates.
- Verfassungsgesetze, die die Zuständigkeit der Länder in Gesetzgebung und Vollziehung einschränken.
- Beschlüsse in Staatsverträgen, soweit sie Angelegenheiten des selbstständigen Wirkungsbereiches der Länder regeln.
- Ausführungsgesetze für die die Länder nicht die in Artikel 15 Abs. 6 B-VG angeordnete Mindestdauer zur Erlassung dieser Gesetze haben.
- Bei der Auflösung eines Landtages.

Dieses absolute Vetorecht erfüllt vor allem den Zweck, dass die Länder nicht ohne die Zustimmung des Bundesrates in ihren Kompetenzen beschnitten werden.

### **Recht auf eine Volksabstimmung**

Nach Artikel 44 Abs. 3 B-VG ist jede Teiländerung der Bundesverfassung vor der Beurkundung durch den Bundespräsidenten einer Volksabstimmung zu unterziehen, wenn ein Drittel der Mitglieder des Bundesrates dies verlangt. Keinen Einfluss hat der Bundesrat auf die Abhaltung einer Volksabstimmung bei einfachen Bundesgesetzen.

## **1.2 Kompetenzen zur Mitwirkung an der Vollziehung**

Obwohl der Bundesrat in der Verfassung als ein Organ der Gesetzgebung verankert ist, besitzt er auch Kompetenzen, um an der Vollziehung des Bundes mitzuwirken.

### **Genehmigung von Staatsverträgen**

Bei politischen Staatsverträgen und anderen Staatsverträgen, die gesetzesändernd oder -ergänzend sind und den selbstständigen Wirkungsbereich der Länder betreffen, bedarf es der Zustimmung des Bundesrates. Dies gilt auch bei Staatsverträgen, durch die die vertraglichen Grundlagen der Europäischen Union geändert werden. Zur Beschlussfassung dieser Verträge bedarf es jeweils der Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Mitglieder und einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen.

Tangieren politische Staatsverträge und anderen Staatsverträge, die gesetzesändernd oder -ergänzend sind, den selbstständigen Wirkungsbereich der Länder nicht, besitzt der Bundesrat lediglich ein suspensives Vetorecht gegen den Genehmigungsbeschluss des Nationalrates.

### **Auflösung von Landtagen**

Nach Artikel 100 B-VG besitzt der Bundesrat, sollte der Bundespräsident auf Antrag des Nationalrates die Auflösung eines Landtages vornehmen, ein Zustimmungsrecht. Dazu bedarf es der Anwesenheit der Hälfte der Mitglieder und einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen, wobei Vertreter des Landes, dessen Landtag aufgelöst werden soll, nicht an der Abstimmung teilnehmen dürfen.

### **Ernennung von VfGH-Richtern**

Die Länderkammer besitzt das Recht, drei Mitglieder und ein Ersatzmitglied für den VfGH vorzuschlagen. Die Ernennung der Mitglieder des VfGH obliegt danach dem Bundespräsidenten. Er folgt dabei den Vorschlägen der Bundesregierung, des Nationalrates und des Bundesrates.

## **1.3 Kompetenzen zur Kontrolle der Vollziehung**

Der Bundesrat hat sowohl politische als auch rechtliche Möglichkeiten zur Kontrolle der Bundesvollziehung.

### **Rechtliche Kontrolle**

Rechtlich besitzt der Bundesrat die Kompetenz, zu beschließen, dass die Bundesversammlung<sup>2</sup> zum Zweck der Anklageerhebung gegen den Bundespräsidenten zusammentritt. Der Bundeskanzler hat diese sodann einzuberufen. Verletzt der Bundespräsident nämlich schuldhaft Bundesverfassungsrecht, ist er vor dem VfGH anzuklagen und seines Amtes zu entheben. Der Beschluss der Bundesversammlung muss bei Anwesenheit von mehr als der Hälfte der Mitglieder beider Vertretungskörper mit Zweidrittelmehrheit gefasst werden.

### **Politische Kontrolle**

Politisch obliegt es dem Bundesrat, wie auch dem Nationalrat, die Geschäftsführung der Regierung zu überprüfen. Dies kann er vor allem mithilfe dieser Instrumente:

- Interpellationsrecht: Schriftliche, mündliche oder dringliche Anfrage an die Mitglieder der Bundesregierung.
- Informations- und Auskunftsrecht: Der Bundesrat kann die Einholung schriftlicher Äußerungen sowie die Anhörung von Auskunftspersonen über Angelegenheiten, die in die Zuständigkeit des Bundesrates fallen, beschließen.
- Resolutionsrecht: Der Bundesrat kann seinen Wünschen über die Ausübung der Vollziehung in unverbindlichen Entschließungen Ausdruck verleihen.
- Zitationsrecht: Die Länderkammer kann für ihre Sitzungen oder Sitzungen der Ausschüsse die Anwesenheit der Mitglieder der Bundesregierung verlangen.

---

<sup>2</sup> Die Bundesversammlung bildet ein drittes parlamentarisches Organ. Sie setzt sich aus den Mitgliedern des National- und Bundesrates zusammen. In erster Linie betreffen ihre Funktionen das Amt des Bundespräsidenten.

## 2. Europäische Kompetenzen des Bundesrates

Die EU-spezifischen Mitwirkungsrechte des österreichischen Bundesrates sind formal im Vertrag über die Europäische Union, der österreichischen Bundesverfassung sowie der Geschäftsordnung der Parlamentskammer verankert und ermöglichen eine starke Beteiligung in europäischen Angelegenheiten.

### 2.1 Stellungnahmen gegenüber dem zuständigen Bundesminister

Nach Artikel 23e B-VG hat der zuständige Bundesminister sowohl den Bundesrat als auch den Nationalrat unverzüglich über alle Vorhaben im Rahmen der Europäischen Union zu informieren und muss ihnen Gelegenheit zur Stellungnahme einräumen.

Durch die Verabschiedung einer Stellungnahme hat der österreichische Bundesrat die Möglichkeit, auf die Verhandlungs- und Abstimmungsposition der Regierungsmitglieder im Rat der EU und im Europäischen Rat Einfluss zu nehmen.

Eine solche Stellungnahme kann für den zuständigen Bundesminister auch bindend sein. Ist dies der Fall, darf die darin formulierte Position bei Verhandlungen und Abstimmungen in der Europäischen Union nach Artikel 23e Abs. 4 B-VG nur aus zwingenden integrations- und außenpolitischen Gründen vom Bundesminister verlassen werden. Wird dieses Vorhaben dem Bundesrat jedoch mitgeteilt und er widerspricht innerhalb einer angemessenen Frist<sup>3</sup> nicht, ist ein Abgehen von der Position des Bundesrates zulässig. Nach der Abstimmung auf europäischer Ebene hat der zuständige Bundesminister dem Bundesrat unverzüglich Bericht zu erstatten.

Die Verabschiedung verbindlicher Stellungnahmen durch den Bundesrat ist auf Vorhaben beschränkt, „[die] auf die Erlassung eines verbindlichen Rechtsaktes gerichtet [sind], der entweder die Erlassung bundesverfassungsgesetzlicher Bestimmungen erfordern würde, durch die die Zuständigkeit der Länder in Gesetzgebung oder Vollziehung gemäß Artikel 44 Abs. 2 BV-G eingeschränkt wird, oder Regelungen enthält, die nur durch solche Bestimmungen getroffen werden könnten“ (Artikel 23e Abs. 4 B-VG). Der Bundesrat kann somit in allen Angelegenheiten eine bindende Stellungnahme abgeben, in denen ihm auch im innerstaatlichen Rechtssetzungsprozess ein Zustimmungsrecht zustehen würde.

### 2.2 Mitteilungen an EU-Organe

Der Bundesrat hat, wie der Nationalrat, die Möglichkeit, seinen Standpunkt zu Vorhaben der Europäischen Union durch sogenannte „Mitteilungen“ direkt an EU-Organe zu kommunizieren, wobei die Mitteilungen an jedes beliebige EU-Organ gerichtet werden können.

Durch dieses Mitwirkungsinstrument haben die nationalen Parlamente die Möglichkeit, sehr früh im Gesetzgebungsprozess auf Vorschläge der EU-Organe zu reagieren und im Kontext des politischen Dialogs ihre Anregungen einzubringen. Die Europäische Kommission übermittelt bereits vorlegislative Dokumente wie Grün- und Weißbücher an die nationalen Parlamente, um deren Standpunkte einzuholen. Die Reaktionen auf diese Konsultationsdokumente werden von der Europäischen Kommission berücksichtigt und fließen in den abschließenden Vorschlag an das Europäische Parlament und den Rat ein.

---

<sup>3</sup> In der Bundesverfassung nicht näher erläutert.

## 2.3 Die Subsidiaritätsrüge

Mit dem parlamentarischen Frühwarnmechanismus des Lissabon-Vertrages wurde den nationalen Parlamenten erstmals ein Mechanismus zur Verfügung gestellt, der die Einflussnahme auf europäische Legislativvorschläge bereits vor der endgültigen Beschlussfassung ermöglicht.

Nach Artikel 4 des Subsidiaritätsprotokolls ist die Europäische Kommission dazu verpflichtet, ihre Entwürfe für Gesetzgebungsakte den nationalstaatlichen Parlamenten zum gleichen Zeitpunkt wie dem Unionsgesetzgeber weiterzuleiten. Dies gilt auch für andere EU-Organe, die einen Gesetzesentwurf einbringen.

Ist ein Gesetzesentwurf nach dem Erachten eines nationalen Parlaments nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar, kann eine begründete Stellungnahme an die Präsidenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission verabschiedet werden. Darin formuliert das nationale Parlament, oder eine Kammer des Parlaments, die jeweiligen Gründe und Bedenken, warum der Gesetzesentwurf nach ihrer Einschätzung nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar ist. Die Frist für die Abgabe einer begründeten Stellungnahme, auch als Subsidiaritätsrüge bezeichnet, beträgt acht Wochen, gerechnet ab der Übermittlung des Gesetzesentwurfs in allen Sprachfassungen der Union.

Inwieweit die EU-Organe auf die Abgabe einer solchen Subsidiaritätsrüge reagieren müssen, hängt von der Anzahl der verabschiedeten begründeten Stellungnahmen ab. Jedes nationale Parlament besitzt zwei Stimmen, wobei in Zweikammersystemen jede der beiden Kammern über eine Stimme verfügt. In Österreich kann somit sowohl der Bundesrat als auch der Nationalrat Subsidiaritätsbedenken artikulieren.

### **Verfahren der gelben Karte**

Wird ein Gesetzesentwurf von mindestens einem Drittel der Stimmen der nationalen Parlamente mit einer Subsidiaritätsrüge in Form einer begründeten Stellungnahme bedacht, muss der Entwurf vom jeweiligen Organ überprüft werden. Handelt es sich um einen Gesetzesvorschlag betreffend den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, beträgt die Schwelle ein Viertel der Stimmen.

Nach Abschluss der Überprüfung kann das EU-Organ, das den Entwurf vorgelegt hat, beschließen, den Entwurf abzuändern, ihn zurückzuziehen oder an ihm festzuhalten. Die Europäische Kommission, muss den jeweiligen Beschluss jedoch begründen

### **Verfahren der orangen Karte**

Erreicht die Anzahl begründeter Stellungnahmen mindestens die einfache Mehrheit aller Stimmen der nationalen Parlamente, ist die Kommission dazu verpflichtet, den Gesetzesvorschlag zu prüfen.

Entschließt sich die Kommission nach Abschluss der Überprüfung, an dem Vorschlag festzuhalten, muss sie in einer begründeten Stellungnahme darlegen, weshalb der Vorschlag ihres Erachtens mit dem Subsidiaritätsprinzip im Einklang steht. Diese begründete Stellungnahme der Kommission wird, zusammen mit den begründeten Stellungnahmen der nationalen Parlamente, dem Unionsgesetzgeber (Europäisches Parlament und der Rat) vorgelegt. Dieser überprüft vor Abschluss der ersten Lesung unter Berücksichtigung der begründeten Stellungnahmen, ob der Gesetzesvorschlag mit dem Subsidiaritätsprinzip im Einklang steht oder nicht.

Sind 55 Prozent der Mitglieder des Rates oder eine Stimmenmehrheit im Europäischen Parlament der Ansicht, dass der Vorschlag nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip im Einklang steht, wird der Gesetzgebungsvorschlag nicht weiter geprüft. Die nationalen Parlamente haben somit im Rahmen des Frühwarnmechanismus die Möglichkeit, einen Gesetzesvorschlag der Kommission mehrheitlich zu blockieren, die endgültige Entscheidung liegt jedoch bei den europäischen Rechtssetzungsbehörden.

Entschließt sich der österreichische Bundesrat beziehungsweise der EU-Ausschuss der Länderkammer zur Verabschiedung einer begründeten Stellungnahme, so hat er die Stellungnahmen der Landtage zu berücksichtigen. Nach der Beschlussfassung hat er die Landtage unverzüglich darüber zu informieren und muss ihnen wiederum Gelegenheit zur Stellungnahme geben.

## 2.4 Die Subsidiaritätsklage

Seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon besitzt jedes nationalstaatliche Parlament, oder je nach Rechtsordnung auch dessen Kammer, die Befugnis, nach Annahme eines Gesetzgebungsaktes auf europäischer Ebene eine Subsidiaritätsklage beim Gerichtshof der Europäischen Union einzubringen. Dieser überprüft nachträglich, ob ein Gesetzgebungsakt gegen das Subsidiaritätsprinzip verstößt oder nicht.

In Österreich sieht Artikel 23h B-VG vor, dass sowohl der Nationalrat als auch der Bundesrat dazu befugt sind, eine Subsidiaritätsklage beim Gerichtshof der Europäischen Union zu erheben. Es ist dabei unerheblich, ob die Subsidiaritätsverletzung innerstaatlich Bundes- oder Landeskompentenzen berührt.

Der Beschluss auf Erhebung einer Subsidiaritätsklage wird im Namen der jeweiligen Kammer durch das Bundeskanzleramt beim Europäischen Gerichtshof eingebracht. Für die Erhebung einer Subsidiaritätsklage gilt eine Frist von zwei Monaten ab dem Erlass des Gesetzgebungsaktes.

## 3. Zusammensetzung des österreichischen Bundesrates

Der österreichische Bundesrat hat derzeit 60 Mitglieder, welche von den Landtagen, entsprechend der Bevölkerungsstärke ihres Bundeslandes, entsendet werden. Die Kreation des Bundesrates erfolgt somit im Hinblick auf die Bevölkerung indirekt. Das Land mit der größten Bürgerzahl nominiert zwölf Mitglieder und jedes andere Land so viele, wie es dem Verhältnis seiner Bürgerzahl zur Bürgerzahl des größten Bundeslandes entspricht. Die proportionale Besetzung der zweiten Kammer ist insofern eingeschränkt, da jedem Land die Vertretung durch zumindest drei Abgeordnete gebührt.

Der Bundesrat hat keine festgeschriebene Mitgliederzahl, da die Anzahl der von jedem Land zu entsendenden Mitglieder nach jeder allgemeinen Volkszählung vom Bundespräsidenten festgesetzt wird.

Die Bundesräte werden von den Landtagen für die Dauer ihrer Gesetzgebungsperiode nach dem Grundsatz der Verhältniswahl gewählt, wobei mindestens ein Mandat der zweitstärksten Partei zufallen muss. Haben mehrere Parteien die gleiche Anzahl an Sitzen, entscheidet die Zahl der Wählerstimmen bei der letzten Landtagswahl oder letztendlich das Los.

Nach jeder Landtagswahl wird der Bundesrat partial erneuert, weshalb es keine Gesetzgebungsperiode im engeren Sinn gibt. Der Bundesrat tagt somit „in Permanenz“.

Der Vorsitz des Bundesrates wechselt halbjährlich in alphabetischer Reihenfolge. Als Vorsitzende/r – also Präsident/in – fungiert dabei der/die an erster Stelle entsendete Vertreter/in des zum Vorsitz berufenen Landes – also der stärksten Partei im Landtag. Jedoch kann der Landtag unter bestimmten Voraussetzungen beschließen, dass der Vorsitz von einem anderen Vertreter dieser Partei geführt werden soll.

Neben dem Präsidium spielen vor allem die Ausschüsse des Bundesrates in der interparlamentarischen Aufgabenverteilung eine wichtige Rolle. So geht der Beschlussfassung im Plenum grundsätzlich immer die Vorberatung in einem Ausschuss voran. Damit wird sichergestellt, dass die auf bestimmte Materien spezialisierten Mitglieder des Bundesrates in einem kleineren Kreis offene Sachfragen beraten und verhandeln können.

Neben Fachausschüssen, die für jeden größeren Sachbereich gewählt werden, gibt es noch Ausschüsse, denen spezifische parlamentarische Aufgaben zugewiesen sind. Zu diesem Typ von Ausschuss zählt auch der EU-Ausschuss des Bundesrates, welcher die Mitwirkungsrechte des Bundesrates in Angelegenheiten der Europäischen Union wahrnimmt.

Nach den Ausschussberatungen ist die endgültige Beschlussfassung dem Plenum des Bundesrates vorbehalten. Das Abstimmungsergebnis weicht jedoch nur selten vom Resultat in den jeweiligen Ausschüssen ab, da die Zusammensetzung der Ausschüsse nach Fraktionen die Mehrheitsverhältnisse des Plenums verkleinert widerspiegelt.

Nach Ablauf der Gesetzgebungsperiode eines Landtages, oder nach dessen Auflösung, bleiben die Mitglieder des Bundesrates so lange in Funktion, bis der neue Landtag die Wahl in den Bundesrat vorgenommen hat.

Mitglieder des Bundesrates müssen zum Landtag, der sie entsendet, wählbar sein, diesem aber nicht angehören. Außerdem ist für jeden Bundesrat/jede Bundesrätin ein Ersatz namhaft zu machen, wenn der betreffende Bundesrat/Bundesrätin durch Tod, Verlust oder Verzicht des Mandats ausscheidet.

Die derzeitige Mandatsverteilung des österreichischen Bundesrates nach Parteien sieht wie folgt aus:

<b>PARTEI</b>	<b>ANZAHL DER MANDATE</b>
<b>ÖVP</b>	23
<b>SPÖ</b>	18
<b>FPÖ</b>	14
<b>GRÜNE (OHNE FRAKTIONSSTATUS)</b>	4
<b>NEOS (OHNE FRAKTIONSSTATUS)</b>	1

*Tabelle 1: Mandatsverteilung des österreichischen Bundesrates nach Parteien (Stand: April 2025)*

Die einzelnen Bundesländer sind durch folgende Anzahl an Bundesräten im Bundesrat vertreten:

<b>BUNDESLAND</b>	<b>ANZAHL DER BUNDESRÄTE</b>
<b>NIEDERÖSTERREICH</b>	12
<b>WIEN</b>	10
<b>OBERÖSTERREICH</b>	10
<b>STEIERMARK</b>	9
<b>TIROL</b>	5
<b>KÄRNTEN</b>	4
<b>SALZBURG</b>	4
<b>BURGENLAND</b>	3
<b>VORARLBERG</b>	3

*Tabelle 2: Auflistung der Anzahl der Bundesräte pro Bundesland (Stand April 2025)*

## 4. Mandatare

Dr. Andrea Eder-Gitschthaler, ÖVP



© Parlamentsdirektion / Thomas Topf

**Geb.:** 13.09.1961, Vöcklabruck (Oberösterreich)

**Beruf:** Versicherungsangestellte

### POLITISCHE MANDATE

- Präsidentin des Bundesrates  
01.01.2025 –
- Vizepräsidentin des Bundesrates  
01.07.2024 – 31.12.2024
- Präsidentin des Bundesrates  
01.07.2020 – 31.12.2020
- Vizepräsidentin des Bundesrates  
14.01.2020 – 30.06.2020
- Mitglied des Bundesrates, ÖVP  
01.10.2017 –
- Abgeordnete zum Nationalrat (XXIII. GP), ÖVP  
30.10.2006 – 27.10.2008

### POLITISCHE FUNKTIONEN

- Vorsitzende der ÖVP Bundesratsfraktion November 2023 - Juli 2024
- Mitglied des Bundespräsidiums des Österreichischen Seniorenbundes seit 2019
- Mitglied der Landesvorstandes des Salzburg Seniorenbundes seit 2010
- Pensionisten und Rentnerbund auf Landesebene seit 2010
- Mitglied des Bezirksvorstandes der Österreichischen Frauenbewegung (ÖFB) Salzburg-Umgebung

- Mitglied des Landesvorstandes der Österreichischen Frauenbewegung (ÖFB) Salzburg seit 2011
- Bezirksobfrau des Seniorenbundes Salzburg-Umgebung seit 2016
- Landesobfrau des Pensionisten- und Rentnerbundes Salzburg seit 4.10.2024
- Mitglied des Gemeinderates der Marktgemeinde Wals-Siezenheim 1999–2014
- Mitglied des Landespartei Vorstandes der ÖVP Salzburg
- Mitglied des Bezirkspartei Vorstandes der ÖVP Salzburg-Umgebung seit 2006
- Mitglied des Salzburger Landesvorstandes des Österreichischen Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbundes (ÖAAB) seit 2003
- Mitglied des Bezirksvorstandes des Österreichischen Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbundes (ÖAAB) Salzburg-Umgebung seit 2003

## **AUSSCHÜSSE**

### **Vorsitzende**

- Ausschuss für Tourismus, Kunst und Kultur des Bundesrates (30.01.2025)

### **Mitglied**

- Ausschuss für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz des Bundesrates (30.01.2025)
- Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Bundesrates (30.01.2025)
- Ausschuss für Tourismus, Kunst und Kultur des Bundesrates (30.01.2025)
- Ausschuss für Verfassung und Föderalismus des Bundesrates (30.01.2025)
- EU-Ausschuss des Bundesrates (30.01.2025)
- Geschäftsordnungsausschuss des Bundesrates (30.01.2025)
- Landesverteidigungsausschuss des Bundesrates (30.01.2025)

### **Ersatzmitglied**

- Ausschuss für Familie und Jugend des Bundesrates (30.01.2025)
- Ausschuss für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft des Bundesrates (30.01.2025)
- Ausschuss für Sportangelegenheiten des Bundesrates (30.01.2025)
- Ausschuss für Verkehr des Bundesrates (30.01.2025)
- Gesundheitsausschuss des Bundesrates (30.01.2025)
- Kinderrechteausschuss des Bundesrates (30.01.2025)
- Unvereinbarkeitsausschuss des Bundesrates (30.01.2025)

**REDEN IN PLENARSITZUNGEN**

© Parlamentsdirektion / Thomas Topf

975. Sitzung (13.03.2025) des Bundesrats	<u>Bundesministeriengesetz 1986</u>	Protokoll
974. Sitzung (30.01.2025) des Bundesrats	<u>Antrittsansprache der Präsidentin Dr. Andrea Eder-Gitschthaler</u>	
973. Sitzung (19.12.2024) des Bundesrats	<u>2. Dienstrechts-Novelle 2024</u>	
970. Sitzung (11.07.2024) des Bundesrats	<u>E-Government-Gesetz</u>	Protokoll
969. Sitzung (10.07.2024) des Bundesrats	<u>KommAustria-Gesetz</u>	Protokoll
968. Sitzung (27.06.2024) des Bundesrats	<u>Bundesgesetz zur Abmilderung von Krisenfolgen und zur Verbesserung der Marktbedingungen im Falle von marktbeherrschenden Energieversorgern</u>	Protokoll
967. Sitzung (29.05.2024) des Bundesrats	<u>Klimabonusgesetz</u>	Protokoll
966. Sitzung (24.04.2024) des Bundesrats	<u>Förderung von Handwerkerleistungen</u>	Protokoll
965. Sitzung (05.04.2024) des Bundesrats	<u>Dringliche Anfrage der Bundesrät:innen Schumann, Kolleginnen und Kollegen betreffend Pensionen in Gefahr? Entkräften Sie diesen Mythos, Herr Minister! an den Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz</u>	Protokoll

964. Sitzung (14.03.2024) des Bundesrats	Dringliche Anfrage Bundesministerin für Justiz "Versagen der grünen Ministerin auf allen Ebenen" (4163/J-BR/2024)	Protokoll
963. Sitzung (15.02.2024) des Bundesrats	Bundes-Verfassungsgesetz und Informationsfreiheitsgesetz	Protokoll

## Silvester Gfrerer, ÖVP



© Parlamentsdirektion / Thomas Topf

**Geb.: 15.09.1959, Großarl (Salzburg)**

**Beruf: Landwirt**

### **POLITISCHE MANDATE**

- Mitglied des Bundesrates, ÖVP  
13.06.2018 –
- Schriftführer des Bundesrates  
01.01.2023 –

### **POLITISCHE FUNKTIONEN**

- Mitglied des Landespartei Vorstandes der ÖVP Salzburg seit 2018
- Mitglied des Bezirksparteipräsidiums der ÖVP Pongau
- Mitglied des Gemeindepartei Vorstandes der ÖVP Großarl
- Bezirksobermann des Bauernbundes Sankt Johann im Pongau seit 2009
- Obmann der Bezirksbauernkammer Pongau seit 2010

### **AUSSCHÜSSE**

#### **Schriftführer**

- Ausschuss für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft des Bundesrates (30.01.2025)
- Ausschuss für Verkehr des Bundesrates (30.01.2025)

#### **Mitglied**

- Ausschuss für BürgerInnenrechte und Petitionen des Bundesrates (30.01.2025)
- Ausschuss für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft des Bundesrates (30.01.2025)
- Ausschuss für Tourismus, Kunst und Kultur des Bundesrates (30.01.2025)
- Ausschuss für Verkehr des Bundesrates (30.01.2025)

- Finanzausschuss des Bundesrates (30.01.2025)
- Landesverteidigungsausschuss des Bundesrates (30.01.2025)
- Umweltausschuss des Bundesrates (30.01.2025)

### Ersatzmitglied

- Ausschuss für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz des Bundesrates (30.01.2025)
- Ausschuss für Innovation, Technologie und Zukunft (30.01.2025)
- Ausschuss für Sportangelegenheiten des Bundesrates (30.01.2025)
- Ausschuss für Wissenschaft und Forschung des Bundesrates (30.01.2025)
- EU-Ausschuss des Bundesrates (30.01.2025)
- Justizausschuss des Bundesrates (30.01.2025)
- Ständiger gemeinsamer Ausschuss im Sinne des § 9 des Finanz-Verfassungsgesetzes 1948 vom Bundesrat entsendet (30.01.2025)
- Wirtschaftsausschuss des Bundesrates (30.01.2025)

### REDEN IN PLENARSITZUNGEN



© Parlamentsdirektion / Thomas Topf

968. Sitzung (27.06.2024)  
des Bundesrats

Dringl. Anfrage BM f EU u Verfassung Anschlag auf  
die Existenz unserer Landwirte (4203/J-BR/2024) u  
Dringl. Anfrage BM f Klimaschutz, Umwelt, Energie,  
Mobilität, Innovation und Technologie Anschlag auf  
die Existenz unserer Landwirte (4204/J-BR/2024)

Protokoll

967. Sitzung (29.05.2024)  
des Bundesrats

Finanzausgleichsgesetz 2024

Protokoll

<u>966. Sitzung (24.04.2024) des Bundesrats</u>	<u>Straßenverkehrsordnung 1960 (35. StVO-Novelle)</u>	<u>Protokoll</u>
<u>965. Sitzung (05.04.2024) des Bundesrats</u>	<u>Land- und forstwirtschaftliches Berufsausbildungsgesetz 2024 – LFBAG 2024</u>	<u>Protokoll</u>
<u>965. Sitzung (05.04.2024) des Bundesrats</u>	<u>Änderungen des Übereinkommens über den internationalen Eisenbahnverkehr (COTIF) und der Anhänge E (CUI) und G (ATMF) sowie die Einfügung des neuen Anhangs H (EST) zum Übereinkommen</u>	<u>Protokoll</u>
<u>964. Sitzung (14.03.2024) des Bundesrats</u>	<u>Allgemeines Sozialversicherungsgesetz</u>	<u>Protokoll</u>

## Marlies Doppler, FPÖ



© Parlamentsdirektion / PHOTO SIMONIS

**Geb.: 23.06.1963, Salzburg**

**Beruf: Sachbearbeiterin**

### **POLITISCHE MANDATE**

- Mitglied des Bundesrates, FPÖ  
13.06.2018 –
- Schriftführerin des Bundesrates  
14.04.2023 – 31.12.2024
- Ordnerin des Bundesrates  
01.01.2025 –

### **POLITISCHE FUNKTIONEN**

- Abgeordnete zum Salzburger Landtag 2013–2018
- Mitglied des Gemeinderates der Landeshauptstadt Salzburg 1999–2004
- Mitglied der Bundesparteileitung der FPÖ seit 2013
- Mitglied der Landesparteileitung der FPÖ Salzburg seit 1999
- Delegierte zum Bundesparteitag
- Landesparteiobfrau-Stellvertreterin der FPÖ Salzburg seit 2016
- Mitglied des Landespartei Vorstandes der FPÖ Salzburg seit 2005
- Bezirksparteiobmann-Stellvertreterin der FPÖ Salzburg seit 2010
- Mitglied der Bezirksparteileitung der FPÖ Salzburg seit 1998
- Ortsparteiobfrau der Ortsgruppe Taxham seit 1998
- Mitglied des Bundesvorstandes des Österreichischen Seniorenringes seit 2017
- Landesobfrau des Salzburger Seniorenringes seit 2016

- Mitglied des Salzburger Kollegiums des Landesschulrates 2002–2004
- Mitglied des Kollegiums des Bezirksschulrates von Salzburg 1997–2004

## **AUSSCHÜSSE**

### **Stellvertretende Ausschussvorsitzende**

- Ausschuss für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz des Bundesrates (30.01.2025)

### **Schriftführerin**

- Ausschuss für Sportangelegenheiten des Bundesrates (30.01.2025)
- Ausschuss für Verfassung und Föderalismus des Bundesrates (30.01.2025)

### **Mitglied**

- Ausschuss für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz des Bundesrates (30.01.2025)
- Ausschuss für BürgerInnenrechte und Petitionen des Bundesrates (30.01.2025)
- Ausschuss für Familie und Jugend des Bundesrates (30.01.2025)
- Ausschuss für Sportangelegenheiten des Bundesrates (30.01.2025)
- Ausschuss für Verfassung und Föderalismus des Bundesrates (30.01.2025)
- Gesundheitsausschuss des Bundesrates (30.01.2025)
- Landesverteidigungsausschuss des Bundesrates (30.01.2025)
- Ständiger gemeinsamer Ausschuss im Sinne des § 9 des Finanz-Verfassungsgesetzes 1948 vom Bundesrat entsendet (30.01.2025)
- Unvereinbarkeitsausschuss des Bundesrates (30.01.2025)

### **Ersatzmitglied**

- Ausschuss für Innovation, Technologie und Zukunft des Bundesrates (30.01.2025)
- Geschäftsordnungsausschuss des Bundesrates (30.01.2025)
- Gleichbehandlungsausschuss des Bundesrates (30.01.2025)
- Justizausschuss des Bundesrates (30.01.2025)
- Wirtschaftsausschuss des Bundesrates (30.01.2025)

**REDEN IN PLENARSITZUNGEN**

© Parlamentsdirektion / Thomas Topf

975. Sitzung (13.03.2025) des Bundesrats	Bundesministeriengesetz 1986	Protokoll
975. Sitzung (13.03.2025) des Bundesrats	Erklärung LH von Salzburg	Protokoll
<u>975. Sitzung (13.03.2025) des Bundesrats</u>	<u>Kreditdienstleister- und Kreditkäufergesetz – KKG; Bankwesengesetz, Finanzmarktaufsichtsbehördengesetz, u.a.</u>	<u>Protokoll</u>
<u>974. Sitzung (30.01.2025) des Bundesrats</u>	<u>Erklärung des Bundeskanzlers</u>	<u>Protokoll</u>
<u>970. Sitzung (11.07.2024) des Bundesrats</u>	<u>Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft "Für eine nachhaltige, wettbewerbsfähige Europäische Union - Standortimpulse für Europa"</u>	<u>Protokoll</u>
<u>970. Sitzung (11.07.2024) des Bundesrats</u>	<u>Tierschutzgesetz</u>	<u>Protokoll</u>
<u>969. Sitzung (10.07.2024) des Bundesrats</u>	<u>Dringliche Anfrage Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung "ÖVP-Politik treibt Bildungssystem in den Ruin" (4209/J-BR/2024)</u>	<u>Protokoll</u>
<u>969. Sitzung (10.07.2024) des Bundesrats</u>	<u>Gehaltsgesetz 1956 und Bundes- Personalvertretungsgesetz</u>	<u>Protokoll</u>

<u>969. Sitzung</u> <u>(10.07.2024) des</u> <u>Bundesrats</u>	<u>Bundes-Verfassungsgesetz</u>	<u>Protokoll</u>
<u>969. Sitzung</u> <u>(10.07.2024) des</u> <u>Bundesrats</u>	<u>Dringliche Anfrage Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung "ÖVP-Politik treibt Bildungssystem in den Ruin" (4209/J-BR/2024)</u>	<u>Protokoll</u>
<u>969. Sitzung</u> <u>(10.07.2024) des</u> <u>Bundesrats</u>	<u>KommAustria-Gesetz</u>	<u>Protokoll</u>
<u>968. Sitzung</u> <u>(27.06.2024) des</u> <u>Bundesrats</u>	<u>Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977</u>	<u>Protokoll</u>
<u>968. Sitzung</u> <u>(27.06.2024) des</u> <u>Bundesrats</u>	<u>Dringl. Anfrage BM f EU u Verfassung Anschlag auf die Existenz unserer Landwirte (4203/J-BR/2024) u Dringl. Anfrage BM f Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie Anschlag auf die Existenz unserer Landwirte (4204/J-BR/2024)</u>	<u>Protokoll</u>
<u>967. Sitzung</u> <u>(29.05.2024) des</u> <u>Bundesrats</u>	<u>Finanzausgleichsgesetz 2024</u>	<u>Protokoll</u>
<u>967. Sitzung</u> <u>(29.05.2024) des</u> <u>Bundesrats</u>	<u>Dringliche Anfrage Bundeskanzler EU-Wahnsinn stoppen</u>	<u>Protokoll</u>
<u>966. Sitzung</u> <u>(24.04.2024) des</u> <u>Bundesrats</u>	<u>Abkommen über die Errichtung des Internationalen Impfstoffinstituts</u>	<u>Protokoll</u>
<u>966. Sitzung</u> <u>(24.04.2024) des</u> <u>Bundesrats</u>	<u>Aktuelle Stunde Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration und Medien „Aktuelles zur Kinderbetreuung und Kinderbildung“</u>	<u>Protokoll</u>
<u>964. Sitzung</u> <u>(14.03.2024) des</u> <u>Bundesrats</u>	<u>Veterinärrechtsnovelle 2024</u>	<u>Protokoll</u>
<u>964. Sitzung</u> <u>(14.03.2024) des</u> <u>Bundesrats</u>	<u>Sozialhilfe-Grundsatzgesetz</u>	<u>Protokoll</u>
<u>963. Sitzung</u> <u>(15.02.2024) des</u> <u>Bundesrats</u>	<u>Dringliche Anfrage BM für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie betreffend ÖVP-Grüne Bundesregierung als Pendlerschreck durch Verteuerung des Individualverkehrs und Missmanagement des öffentlichen Verkehrs (4152/J-BR/2024)</u>	

<u>966. Sitzung</u> <u>(24.04.2024) des</u> <u>Bundesrats</u>	<u>Aktuelle Stunde Bundesministerin für Frauen, Familie,</u> <u>Integration und Medien „Aktuelles zur Kinderbetreuung</u> <u>und Kinderbildung“</u>	<u>Protokoll</u>
<u>963. Sitzung</u> <u>(15.02.2024) des</u> <u>Bundesrats</u>	<u>Dringliche Anfrage BM für Klimaschutz, Umwelt, Energie,</u> <u>Mobilität, Innovation und Technologie betreffend ÖVP-</u> <u>Grüne Bundesregierung als Pendlerschreck durch</u> <u>Verteuerung des Individualverkehrs und Missmanagement</u> <u>des öffentlichen Verkehrs (4152/J-BR/2024)</u>	<u>Protokoll</u>

## Michael Wanner, SPÖ



© Parlamentsdirektion / Thomas Topf

**Geb.: 08.02.1964, Innsbruck**

**Beruf: Magistratsbeamter**

### **POLITISCHE MANDATE**

- Vizepräsident des Bundesrates  
01.01.2025 –
- Mitglied des Bundesrates, SPÖ  
14.06.2023 –
- Mitglied des Bundesrates, SPÖ  
21.03.2018 – 07.07.2020
- Vizepräsident des Bundesrates  
19.12.2019 – 07.07.2020

### **POLITISCHE FUNKTIONEN**

- Abgeordneter zum Salzburger Landtag, Klubvorsitzender 8.7.2020-14.6.2023
- Vorsitzender des Ausschusses für Planung und Verkehr der Landeshauptstadt Salzburg 2004-2018
- Mitglied des Gemeinderates der Gemeinde Salzburg 1999-2018
- Mitglied des Landespartei Vorstandes der SPÖ Salzburg 2013-2023
- Mitglied des Bezirkspartei Vorstandes der SPÖ Salzburg
- Bezirkspartei vorsitzender der SPÖ Salzburg 2013-2021
- Vorsitzender der Sektion Maxglan der SPÖ 1992-2013

## **AUSSCHÜSSE**

### **Stellvertretender Ausschussvorsitzender**

- Ausschuss für Sportangelegenheiten des Bundesrates (30.01.2025)

### **Stellvertretender Ausschussvorsitzender**

- Landesverteidigungsausschuss des Bundesrates (30.01.2025)

### **Schriftführer**

- Unterrichtsausschuss des Bundesrates (30.01.2025)

### **Mitglied**

- Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Bundesrates (30.01.2025)
- Ausschuss für Familie und Jugend des Bundesrates (30.01.2025)
- Ausschuss für innere Angelegenheiten des Bundesrates (30.01.2025)
- Ausschuss für Sportangelegenheiten des Bundesrates (30.01.2025)
- Gesundheitsausschuss des Bundesrates (30.01.2025)
- Landesverteidigungsausschuss des Bundesrates (30.01.2025)
- Unterrichtsausschuss des Bundesrates (30.01.2025)

### **Ersatzmitglied**

- Ausschuss für Innovation, Technologie und Zukunft des Bundesrates (30.01.2025)
- Ausschuss für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft des Bundesrates (30.01.2025)
- Ausschuss für Wissenschaft und Forschung des Bundesrates (30.01.2025)
- Finanzausschuss des Bundesrates (30.01.2025)
- Kinderrechteausschuss des Bundesrates (30.01.2025)
- Ständiger gemeinsamer Ausschuss im Sinne des § 9 des Finanz-Verfassungsgesetzes 1948 vom Bundesrat entsendet (30.01.2025)
- Unvereinbarkeitsausschuss des Bundesrates (30.01.2025)

**REDEN IN PLENARSITZUNGEN**

© Parlamentsdirektion/Arman Rastegar

<u>975. Sitzung (13.03.2025) des Bundesrats</u>	<u>Erklärung LH von Salzburg</u>	<u>Protokoll</u>
<u>974. Sitzung (30.01.2025) des Bundesrats</u>	<u>Erklärung des Bundeskanzlers</u>	<u>Protokoll</u>
<u>969. Sitzung (10.07.2024) des Bundesrats</u>	<u>Grundversorgungsänderungsvereinbarung</u>	<u>Protokoll</u>
<u>969. Sitzung (10.07.2024) des Bundesrats</u>	<u>Bundes-Verfassungsgesetz</u>	<u>Protokoll</u>
<u>968. Sitzung (27.06.2024) des Bundesrats</u>	<u>Dringliche Anfrage Bundesminister für Inneres betreffend 4.000 fehlende Polizist:innen - handeln Sie endlich im Sinne der Sicherheit, Herr Innenminister! (4202/J-BR/2024)</u>	<u>Protokoll</u>
<u>968. Sitzung (27.06.2024) des Bundesrats</u>	<u>Wehrrechtsänderungsgesetz 2024 – WRÄG 2024</u>	<u>Protokoll</u>
<u>967. Sitzung (29.05.2024) des Bundesrats</u>	<u>Finanzausgleichsgesetz 2024</u>	<u>Protokoll</u>
<u>965. Sitzung (05.04.2024) des Bundesrats</u>	<u>Bericht des Bundesministers für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport betreffend EU- Jahresvorschau 2024</u>	<u>Protokoll</u>
<u>965. Sitzung (05.04.2024) des Bundesrats</u>	<u>Bericht der Bundesministerin für Landesverteidigung betreffend Jahresvorschau 2024 auf der Grundlage des Legislativ- und</u>	<u>Protokoll</u>

Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission  
und des Programmes des Rates

964. Sitzung (14.03.2024)  
des Bundesrats

Allgemeines Sozialversicherungsgesetz,  
Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz, Bauern-  
Sozialversicherungsgesetz und Beamten-Kranken-  
und Unfallversicherungsgesetz

Protokoll

963. Sitzung (15.02.2024)  
des Bundesrats

Aktuelle Stunde Bundesminister für Kunst, Kultur,  
öffentlichen Dienst und Sport "Weichenstellungen  
moderner Sportpolitik: Frauenförderung, Inklusion,  
tägliche Bewegungseinheit und ein Rekordbudget  
für den Spitzen- und den Breitensport"

Protokoll

## 5. Niederösterreichische Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2024



© Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Am 1. Jänner 2024 übernahm die Niederösterreicherin Margit Göll für ein halbes Jahr den Vorsitz im Bundesrat. Ihre Präsidentschaft stand unter dem Motto: Gemeinsam über Grenzen. Europa verbindet.

Ihren Vorsitz stellte Göll unter das Motto „Gemeinsam über Grenzen. Europa verbindet“. Die Präsidentschaft Niederösterreichs wolle die Perspektiven der europäischen Jugend aufgreifen, kündigte Göll zu Eingang ihrer Rede an. Die Optimierung und Zugänglichkeit der Bildungsangebote am Land sei ein Schlüssel für den Verbleib junger Menschen in den ländlichen Regionen. Eine Jugendkonferenz des Bundesrates mit Jugendlichen aus Österreich, der Slowakei und Tschechien werde sich am 28. Mai 2024 mit den Anliegen der jungen Bevölkerung in Grenzregionen befassen, sagte Göll.

Herausforderungen grenzüberschreitend bewältigen Als wichtigen Aspekt ihrer Amtszeit nannte Göll den Austausch und die Kooperation von Grenzregionen. Der nächste Bundesrat im Bundesland werde die Länderkammer nach Gmünd und nach Tschechien führen, um über grenzüberschreitende Projekte zu sprechen. Auch die Präsidiale des Bundesrates werde im Rahmen einer Tschechienreise die diplomatischen Kontakte vertiefen. Nur durch enge politische Zusammenarbeit über Grenzen hinweg könne es gelingen, prosperierende und stabile Regionen zu schaffen, zeigte sich Göll überzeugt. Bundesrat verbindet Bundesländer mit Europa & ist Zukunftskammer Eine wichtige Funktion des Bundesrates sei es, so Göll, „Scharnier der Bundesländer zu Europa“ zu sein und eine proaktive Rolle in den europäischen Diskussionen einzunehmen.

Gemeinsam mit der niederösterreichischen Landeshauptfrau und Vorsitzenden der Landeshauptleute in ihrer Antrittsrede zur niederösterreichischen Vorsitzübernahme in der Länderkammer betonte Bundesratspräsidentin Margit Göll die Wichtigkeit einer parteiübergreifenden Zusammenarbeit im „Superwahljahr“ 2024 und darüber hinaus. Johanna Mikl-Leitner werde sie sich für eine effektive Vertretung der Bundesländer einsetzen, damit ihre Stimmen in den politischen

Entscheidungsprozessen gehört werden, versicherte Göll. Das „Superwahljahr“ 2024 biete dem Bundesrat eine besondere Gelegenheit, sich gemeinsam für das Wohl der Jugend, die Perspektiven der Frauen, die Stärkung der Grenzregionen und die Vertretung der Länderinteressen im Bund einzusetzen.

Ein weiteres zentrales Anliegen ihrer Amtszeit sei die Verbesserung der Situation von Frauen, betonte Göll. Als Bundesratspräsidentin und Bürgermeisterin wolle sie Frauen ermutigen, aktiv an der Gestaltung der Gesellschaft teilzunehmen, sei es im Ehrenamt oder in der Politik. Am Weltfrauentag am 8. März 2024 werde sie Bürgermeisterinnen und Gemeindevertreterinnen aus ganz Österreich zu einem Erfahrungsaustausch ins Parlament einladen, kündigte sie an. Aufruf zu respektvollem Umgang miteinander im Wahljahr.

Abschließend kam Göll nochmals auf die besondere demokratische Verantwortung angesichts der bevorstehenden Wahlen zu sprechen. Sie appellierte an alle Fraktionen und Parteien, sich für eine Politik des Respekts, der Zusammenarbeit und des Miteinanders einzusetzen. „Lassen Sie uns gemeinsam eine Atmosphäre schaffen, in der unsere politische Debatte von Idealen und Visionen anstatt von Spaltung und Konfrontation geprägt ist“.

## 5.1 Internationaler Frauentag im Parlament



© Parlamentsdirektion / Ulrike Wieser

Um die Bedeutung des Engagements von Frauen hervorzuheben, lud Bundesratspräsidentin Margit Göll am 8. März anlässlich des Internationalen Frauentags zu einer Veranstaltung unter dem Motto „Frauen sind Mutmacherinnen“.

In ihren Eröffnungsworten betonte die Gastgeberin, dass es wichtig sei, Frauen für die Politik zu ermutigen, um Veränderungen mitzugestalten. Frauenministerin Susanne Raab betonte die Bedeutung von Frauen in der Politik für die Demokratie. In ihrer anschließenden Keynote pochte die Journalistin und Female-Empowerment-Speakerin Sabine Kronberger darauf, dass es

selbstverständlich sein müsse, dass Frauen in wichtige Positionen kommen und dass es dabei egal sein müsse, wie sie sich äußerlich geben und ob und wie viele Kinder sie haben.

Abschließend diskutierten Frauen aus unterschiedlichen beruflichen, ehrenamtlichen und politischen Bereichen über die nachhaltige Gestaltung der gemeinsamen Zukunft und über die demokratiestärkende Wirkung von Gleichstellung. Bundesratspräsidentin Göll: Frauen ermutigen, Veränderungen mitzugestalten.

Die Beteiligung von Frauen am politischen Entscheidungsprozess liege ihr als Präsidentin des Bundesrates und als Bürgermeisterin besonders am Herzen, betonte Margit Göll in ihren Eröffnungsworten. Politische Entscheidungen würden direkte Auswirkungen auf die Zukunft unserer Gesellschaft haben und deswegen sei es wichtig, dass Frauen aktiv dabei mitwirken. Sie möchte daher alle Frauen ermutigen, sich zu engagieren und mitzugestalten, betonte Göll. Frauen seien für sie Mutmacherinnen. Sie seien diejenigen, die Stärke und Durchhaltevermögen zeigen. Und sie seien diejenigen, die andere ermutigen, ihre Ziele zu verfolgen, Hindernisse zu überwinden.

In einer Welt, die oft von Unsicherheit und Angst geprägt ist, seien diese Mutmacherinnen unverzichtbar. Sie würden daran erinnern, dass gemeinsam große Veränderungen bewirkt werden können. Frauenministerin Raab: Frauen in Politik sind Garant für Demokratie Die Repräsentation von Frauen in der Politik sei ein Garant für die Demokratie, erklärte Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration und Medien Susanne Raab in ihrer Rede. Demokratische Entscheidungen müssten Frauen – und damit mehr als die Hälfte der Gesellschaft – abbilden.

Es habe zwar Fortschritte beim Frauenanteil in der Politik gegeben, es bestehe aber weiter Handlungsbedarf, diesen zu erhöhen. So seien beispielsweise gerade einmal 10,5 Prozent der Bürgermeister:innen weiblich. Gründe für den geringen Frauenanteil seien oft Themen wie die Absicherung bei Karenz oder ein wenig familienfreundliches Umfeld. Ein besonderer Hemmfaktor – gerade für junge Frauen – sei es zudem, dass der Schritt an die Öffentlichkeit oft Hetze und Hass zur Folge habe. Frauen würden, wenn sie in der Öffentlichkeit stehen, zu wenig an ihren Leistungen, sondern allzu oft an Dingen wie ihrem Auftreten oder Aussehen gemessen. Dies müsse sich ändern, forderte die Frauenministerin. Man müsse Frauen, die sich für die Politik interessieren, Ängste nehmen und in ihnen das Feuer für die Politik entfachen. Dazu seien Vorbilder und Projekte zur Nachwuchsförderung wichtig.

Es muss selbstverständlich sein, dass Frauen in wichtigen Positionen sind Ihr Leitsatz sei, dass sie sich mit allen Frauen verbunden fühle, die sich dafür einsetzen, dass ihr Leben gut ist, erklärte Sabine Kronberger, Journalistin und Chefredakteurin von „Welt der Frauen“ sowie Female-Empowerment-Speakerin. Oft würden Frauen in der Öffentlichkeit aber als „schwierig“ wahrgenommen, kritisierte sie. Diese „schwierigen Frauen“ würden sich auch in Momenten des Widerstands trauen, mutig ihren Weg zu gehen, auch wenn dies negative Urteile zur Folge hat. Solche Vorbilder mussten eine dickere Haut haben, um dorthin zu gelangen, wo sie heute sind. Es gelte, die Bilder zu verändern, die Frauen in der Öffentlichkeit angeheftet werden, forderte Kronberger. Ebenso dürfe es nicht toleriert werden, dass Politikerinnen, egal welcher Partei oder Herkunft, verfolgt oder mit Hass konfrontiert würden. Es sei wichtig, aufzustehen und aufzuzeigen, dass Frauen so nicht behandelt werden dürfen und dass es selbstverständlich ist, wenn Frauen in wichtigen Rollen sind. Ebenso müsse es genau wie bei Männern einerlei sein, ob eine Frau keine oder fünf Kinder hat.

### **Podiumsgespräch: Mutig. Engagiert. Nachhaltig.**

In einem Podiumsgespräch befragte Moderatorin und Journalistin Corinna Milborn engagierte und erfolgreiche Frauen, wie Gleichbehandlung in ihrem Bereich gelebt wird. So erläuterte die Kommandantin der Freiwilligen Feuerwehr Trieben Werk, Monika Haberl, dass es bei den

Feuerwehren besonders im Führungsbereich zwar wenige Frauen gebe, dass sich dies aber sukzessive besonders bei der Jugend ändere. Sie sei dabei gerne ein Vorbild. Für sie sei der hohe Männeranteil kein Problem gewesen. Sie sehe sich als Person, die mit anderen Personen dieselben Interessen und Überzeugungen teile.

Es stehe bei der Polizei der Teamgedanke an oberster Stelle und da zähle der Mensch und nicht das Geschlecht, betonte Lana Ganselmayer, Referatsleiterin für Neuaufnahmen und Recruiting im Innenministerium. Insgesamt steige der Frauenanteil bei der Polizei. So seien beispielsweise bereits 38 Prozent der Polizeischüler:innen weiblich.

Der Frauenanteil in ihrem Verein liege bei 65 Prozent, berichtete Ines Kainz, Obfrau des Musikvereins Vitis. Aufgrund diesen hohen Anteils war es bei ihrem Aufstieg auch nicht Thema, dass sie eine Frau sei. Vielmehr sei die Qualität der Arbeit und der Ergebnisse wichtig. Im Bundesheer-Leistungssport gebe es keine Unterscheidung nach Geschlecht, sondern die Leistung stehe im Mittelpunkt, erläuterte die Karateleistungssportlerin Bettina Plank. Beim Sport insgesamt gebe es aber sehr wohl Unterschiede, etwa bei der Bezahlung. Hier sei es wichtig, dies aufzuzeigen. Gerade in Männerdomänen sei es von Bedeutung, dass es weibliche Vorbilder gebe. Podiumsgespräch: Gemeinsam für eine engagierte Gesellschaft In einer zweiten Runde standen Politikerinnen der Gemeinde-, Landes- und Bundespolitik Rede und Antwort zum Thema Frauen in der Politik.

Um mehr Frauen für die Politik zu motivieren, gelte es, Interessierte etwa mit Veranstaltungen zu informieren, meinte die Bürgermeisterin von Vitis Anette Töpfl. Ebenso sei es wichtig, einerseits selbst Vorbild zu sein und andererseits Vorbilder zu zeigen.

Jede Frau könne Politikerin sein, sie müsse es nur wollen, zeigte sich Kerstin Suchan-Mayr, niederösterreichische SPÖ-Landtagsabgeordnete und Bürgermeisterin von St. Valentin, überzeugt. Es gelte daher, Frauen anzusprechen und zu motivieren. Politik sollte nicht nur für die Jugend und für Frauen, sondern durch die Jugend und durch Frauen gemacht werden, forderte die grüne Nationalratsabgeordnete und Vizebürgermeisterin von St. Andrä-Wördern Ulrike Fischer. Dass die Welt zu einer besseren werde sei nur gemeinsam, unter breiter Einbindung aller gesellschaftlichen Bereiche, möglich.

## 5.2 Bundesratskonferenz „Jugend ohne Grenzen“

Auf Initiative von Bundesratspräsidentin Margit Göll fand am 28. Mai 2024 im Parlament eine Konferenz statt, bei der sich Jugendliche aus Österreich, der Slowakei und Tschechien mit Politikerinnen und Politikern aus den drei Ländern über Europafragen austauschten.



© Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Jugendliche in den Grenzregionen Europas stehen vor einzigartigen Herausforderungen und Chancen. Ihre Stimmen, Ideen und Initiativen sind von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung einer dynamischen Gemeinschaft, die von kultureller Vielfalt und gegenseitigem Respekt geprägt ist. Ihre Zukunft hängt aber auch von der Förderung grenzüberschreitender Zusammenarbeit ab.

Die Stärkung der Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten und die Förderung des kulturellen Austauschs können dazu beitragen, Brücken zu bauen, um es jungen Menschen in Grenzregionen zu ermöglichen, ihr volles Potenzial auszuschöpfen. Auf Einladung der Bundesratspräsidentin diskutierten Jugendliche aus Österreich, der Slowakei und Tschechien im Rahmen der Konferenz „Jugend ohne Grenzen“ über ihre Zukunft in einem Europa ohne Grenzen. Karoline Edtstadler, Bundesministerin für EU, begrüßte die Teilnehmer:innen, im Anschluss hielt Beate Großegger, wissenschaftliche Leiterin des Instituts für Jugendkulturforschung einen Vortrag.

Danach diskutieren am Podium Margit Göll, Präsidentin des Bundesrates, Jan Grolich, Kreishauptmann des Südmährischen Kreises, Jozef Viskupič, Vorsitzender der Selbstverwaltungsregion Trnava, und Martin Eichinger, Sonderbeauftragter und Koordinator für Nachbarschaftspolitik und die außenpolitische Dimension des Donauraums im Außenministerium.

Die Zukunft der jungen Menschen hänge von der Förderung grenzüberschreitender Zusammenarbeit ab, war Göll überzeugt. Vor allem die Stärkung der Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten sowie die Förderung des kulturellen Austauschs könnten dazu beitragen, Brücken zu bauen und es jungen Menschen in Grenzregionen zu ermöglichen, ihr volles Potenzial auszuschöpfen. Bundesministerin

Edtstadler appellierte an die Jugendlichen, sich aktiv an der Gestaltung einer gemeinsamen Zukunft in Europa zu beteiligen und an den Wahlen zum Europäischen Parlament teilzunehmen.

### **Zukunftsunsicherheit gewachsen**

Die wissenschaftliche Leiterin des Instituts für Jugendkulturforschung Großegger sprach in einer Keynote darüber, wie junge Menschen das geeinte Europa erleben und was sie sich von der Europapolitik erhoffen. Angesichts der Klimakrise, der Migration, des Ukrainekriegs und des Nahostkonflikts sei die Zukunftsunsicherheit bei den jungen Europäer:innen noch gewachsen, konstatierte Großegger.

Ganz oben auf der Wunschliste Jugendlicher an die Europapolitik stünden die Armutsbekämpfung, Maßnahmen gegen die Klimakrise, die Bekämpfung von Terrorismus sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen. Generell würde aber die Gruppe der 30- bis 65-Jährigen kritischer auf die EU blicken als die Jugendlichen.

### **Podiumsdiskussionen über Erwartungen an Europa**

Über die Erwartungen der Jugend an die europäische Politik diskutierte Kraft in der zweiten Podiumsdiskussion die Schüler mit Šimon Gajdos, Die Stimmung unter den Jugendlichen zeige, dass die Politik verstärkt den Dialog mit der Jugend suchen müsse, meinte Bundesratspräsidentin Göll. Junge Leute wüssten zwar im Allgemeinen gut über die Vorteile der EU Bescheid, wie offene Grenzen und Mobilität, sie seien aber auch mit neuen Unsicherheiten und Problemen konfrontiert. Wichtig sei daher, ihre Anliegen zu hören und ernst zu nehmen. Immer wieder erlebe sie, dass die Nennung anschaulicher Beispiele den Jugendlichen vermittele, was die EU für ihr persönliches Leben bringe. EU-Programme bieten laut Göll der Politik viele Möglichkeiten, die Grenzregionen grenzüberschreitend und gemeinsam zu entwickeln.

### **Vorteile der EU authentisch an Jugendliche vermitteln**

Gajdos berichtete, dass er persönlich die vielfältigen Möglichkeiten nutze, sich über die EU zu informieren. Er habe aber den Eindruck, dass das Interesse der Jugendlichen an Politik insgesamt geringer werde. Ein eigenes Fach politische Bildung an den Schulen wäre daher wünschenswert. Angesichts einer Fülle von Informationen, die heute zur Verfügung stehe, müssten Kinder und Jugendliche unterstützt werden, sich darin zurechtzufinden. Novák sieht die sozialen Medien als gute Informationsquellen für Themen, die über die eigene Region hinausgehen. Es sei aber wichtig, diese Informationen aktiv zu suchen und auch kritisch zu vergleichen, um Fake News erkennen zu können.

In der anschließenden Debatte wurden vom jugendlichen Publikum unter anderem Themen wie Erasmus plus, aber auch die Auswirkungen des Brexits aufgegriffen.

### **Meinungsaustausch über Europa**

Der zweite Teil der Bundesratskonferenz war dem Austausch von Meinungen, Ideen und Initiativen der Jugend zu Europa gewidmet. Neben Politiker:innen kamen hier auch Jugendliche der drei Nachbarländer zu Wort. In Form einer Zeitung mit dem Titel „Wir alle sind Europa“ präsentierten Schüler:innen des Schulvereins Komenský ihre Gedanken zur EU aus einem Workshop der Demokratiewerkstatt des Parlaments. Unter anderem das Motto der EU „In Vielfalt geeint“ inspirierte einen Beitrag der Schüler:innen.

Bundesratspräsidentin Göll hielt in ihren abschließenden Worten fest, dass junge Menschen miteinbezogen und gefragt werden wollen. Daran gelte es, weiter zu arbeiten. Sie nehme jedenfalls viele Themen aus der Konferenz mit. Sie appellierte abschließend an die Jugendlichen, für ihre Rechte zu kämpfen.

### 5.3 Konferenz zur EU-Strategie für den Donauraum



© Parlamentsdirektion / Thomas Topf

In ihrem Redebeitrag im Rahmen der Donauraumkonferenz betonte Bundesratspräsidentin Göll die Bedeutung grenzüberschreitender Zusammenarbeit für Frieden, Stabilität und wirtschaftlichen Wohlstand in der Region.

Österreich war Gastgeber der 9. Konferenz der Parlamentspräsident:innen der EU-Strategie für den Donauraum (EUSDR), die vom 18. bis 19. März 2024 im Hohen Haus stattfand. Bei der EUSDR, die im Jahr 2011 auf österreichisch-rumänische Initiative hin gegründet wurde, handelt es sich um eine von vier sogenannten Makroregionen der Europäischen Union. Ihr gehören neun EU-Mitgliedstaaten sowie fünf EU-Kandidatenländer an. Ziel der Strategie ist es, grenzüberschreitende Probleme im Donauraum durch verstärkte Zusammenarbeit zu lösen.

Die Veranstaltung im März hatte das Ziel, die Bedeutung der parlamentarischen Dimension zu stärken und ihre Potenziale bestmöglich zu nutzen. Insbesondere setzten sich die hochrangigen parlamentarischen Vertreter:innen aus Bulgarien, Deutschland, Kroatien, Montenegro, Slowenien, Slowakei, Tschechien, Ungarn, der Republik Moldau, der Ukraine sowie Österreich mit den Themen Sicherheit im Donauraum, Demokratiebildung und dem Donauraum als Kultur-, Natur- und Wissenschaftsraum auseinander.

Österreich führt von November 2023 bis Ende 2024 den Vorsitz in der EUSDR. Schwerpunkte des Vorsitzes sind Stabilität und Sicherheit mit einer europäischen Perspektive für die gesamte Donauregion, Innovation, Fachkräftebildung und wirtschaftliche Möglichkeiten sowie Verbesserung des Flussökosystems, Ökologisierung der Wasserwirtschaft und Management der grünen Transformation.

**Göll: Perspektiven der Frauen stärker berücksichtigen**

Der Donauraum sei nicht nur die größte und vielfältigste der vier Makroregionen Strategien der EU, sondern umfasse auch ein geostrategisch bedeutsames Gebiet, konstatierte Bundesratspräsidentin Göll in ihrer Eröffnungsrede. Da die Donauraumstrategie EU-Mitgliedstaaten und EU-Beitrittskandidaten umfasse, stelle sie einen wesentlichen Beitrag zur EU-Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik dar. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit sei von entscheidender Bedeutung für die Förderung von Frieden, Stabilität und wirtschaftlichem Wohlstand in der Region.

Göll sprach sich zudem dafür aus, die Perspektiven, Erfahrungen und Ideen von Frauen im Rahmen der Donauraumstrategie noch stärker zu berücksichtigen. „Gerade in herausfordernden Zeiten ist es wichtig, dass Frauen an vorderster Front der Entscheidungsfindung stehen“, so die Präsidentin der Länderkammer.

**Abschlussklärung im Zeichen des Friedens**

Am Ende der Konferenz veröffentlichte die EUSDR eine Abschlussklärung. Darin verurteilt sie entschieden den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Sie zeigt volle Unterstützung für die Menschen in der Ukraine. Die EUSDR unterstützt es, dass sich die Ukraine darum bemüht, Frieden zu erreichen, der für alle gerecht ist, wieder ein stabiles Land zu werden, sich vom Krieg zu erholen und wieder aufzubauen, was im Krieg zerstört wurde.

In der Abschlussklärung betont die EUSDR auch, wie wichtig Jugendliche sind, besonders wenn es darum geht, Demokratie zu schützen und zu stärken. Deshalb seien Bildungsprogramme gut, in denen Jugendliche lernen, wie sie falsche Informationen bekämpfen können.

Begleitend zur Konferenz wurde in der Säulenhalle des Hohen Hauses auch eine Ausstellung gezeigt, die anhand von Exponaten aus zehn Ländern die reiche Geschichte des Donauraums präsentierte.

**Gemeinde-Turbo für humanitäre Hilfe in der Ukraine**

© Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Die humanitäre Unterstützung Österreichs für die Ukraine stand im Mittelpunkt eines Gesprächs am 19. März 2024 im Parlament zwischen Bundesratspräsidentin Göll und Ruslan Stefantschuk, dem Vorsitzenden der Werchowna Rada der Ukraine. Ein Europa ohne Grenzen und Kriege wäre ein „wunderschönes“ und erstrebenswertes Ziel, betonte Göll. Österreich sei ein neutraler Staat, stehe aber politisch zur Ukraine.

In vielen Gemeinden, wie ihrer eigenen, seien Familien aus der Ukraine aufgenommen worden, und Österreich wolle die Menschen in der Ukraine weiter unterstützen, betonte Göll. Um der Ukraine die dringend notwendige Unterstützung zukommen zu lassen, sollte ein „Turbo“ über die Gemeinden hinweg gestartet werden.

Sie sehe es als menschliche Pflicht, den Familien und Kindern in der Ukraine zu helfen. Stefantschuk, Teilnehmer der 9. Konferenz der Parlamentspräsident:innen der EU-Strategie für den Donauraum in Wien, bedankte sich für die Unterstützung und sprach sich dafür aus, dass Österreich eine Führungsrolle in einer humanitären Koalition übernehmen soll.

Die Ukraine stehe vor großen Herausforderungen. Stefantschuk sagte, er hoffe auch auf Unterstützung aus den Bundesländern Österreichs und den Regionen. Stefantschuk bedankte sich zudem für den Rückenwind Österreichs am Weg der Ukraine in die Europäische Union. Die Ukraine werde alle für einen Beitritt nötigen Pflichten erfüllen.

## 6. Oberösterreichische Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 2024



© Parlamentsdirektion/Thomas Topf

Das Bundesland Oberösterreich hat mit 1. Juli den Vorsitz im Bundesrat übernommen und lud aus diesem Anlass heute Abend zu einem Oberösterreich-Empfang ins Hohe Haus. Vor zahlreichen Gästen stellte der neue Bundesratspräsident Franz Ebner den Schwerpunkt seiner Präsidentschaft vor. Dieser wird auf dem Thema "Zukunft der Demokratie" liegen. Oberösterreichs Landeshauptmann Thomas Stelzer, der mit Anfang Juli den Vorsitz der Landeshauptleutekonferenz übernommen hat, betonte in seiner Rede, dass es Verlässlichkeit in der Politik brauche.

### **Demokratie stärken**

"Demokratie braucht Zukunft. Zukunft braucht Herkunft" lautet das Motto der oberösterreichischen Bundesratspräsidentschaft. In den kommenden sechs Monaten werden sich die Bundesrät:innen mit dem Einfluss der Demographie auf Demokratie und Gesellschaft auseinandersetzen und eine Enquete unter dem Titel "Demokratie braucht Zukunft – Brücken bauen, Demokratie stärken" abhalten. Im Fokus steht dabei die Frage, wie es gelingen kann, das Miteinander innerhalb der Gesellschaft zu stärken und verlorengegangenes Vertrauen in politische Institutionen zurückzugewinnen und wiederaufzubauen. Geplant ist außerdem ein Expert:innenforum, das sich mit den Auswirkungen der demographischen Veränderungen beschäftigen wird. Zudem soll der internationale Austausch forciert werden.

### **Bundesrat als Ankerpunkt**

Nichts sei selbstverständlich, auch nicht Demokratie und ein Leben in Frieden, Freiheit und Sicherheit, sagte Bundesratspräsident Franz Ebner. Daher müsse Demokratie gehütet und weiterentwickelt werden. Gerade in Zeiten der Veränderung seien Ankerpunkte und stabilisierende Faktoren wichtig – und der Bundesrat sei ein solcher Ankerpunkt, denn dieser wirke nicht nur als Länder- und Europakammer, sondern auch als Zukunftskammer des Parlaments, so Ebner. Er wolle sich dafür einsetzen, insbesondere Jugendliche für Demokratie zu begeistern und das Miteinander der

Generationen zu fördern. Denn Demokratie brauche aktive und engagierte Demokrat:innen aller Generationen. Gemeinsam solle daran gearbeitet werden "Brücken zu bauen statt Gräben zu vertiefen", so Ebner.

### **Kultur: Grundklima für Kreativität**

Oberösterreich habe große Wirtschaftskraft und hohe Lebensqualität und trage damit zum großen Ganzen bei, sagte Landeshauptmann Thomas Stelzer. Wenn Oberösterreich bei Veranstaltungen auftrete, dann werde dabei stets Kultur und insbesondere Musik sichtbar, denn Kultur führe die Menschen zusammen und trage zum Miteinander bei. Zudem sei Kultur der Humus für neue Ideen und fördere ein Grundklima der Kreativität und damit Innovation und Fortschritt, unterstrich Stelzer. Die Stärkung des Miteinanders sei auch ein Grundauftrag der Politik und beginne bei der richtigen Wortwahl und der Akzeptanz des Gegenübers, sagte Stelzer und betonte, dass es insbesondere im Hinblick auf die Nationalratswahl im Herbst ebenso ein Auftrag sei, sich für Verlässlichkeit und verlässliches Gestalten einzusetzen.

Der Vorsitz im Bundesrat wechselt halbjährlich zwischen den Bundesländern in alphabetischer Reihenfolge. Im ersten Halbjahr 2024 hatte Niederösterreich die Präsidentschaft inne. Nach dem Ende der oberösterreichischen Bundesratspräsidentschaft wird Salzburg im ersten Halbjahr 2025 den Vorsitz im Bundesrat übernehmen.

## 6.1 Enquete „Demokratie braucht Zukunft-Brücken bauen, Demokratie stärken“



© Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

### **BR-Präsident Ebner: Müssen gemeinsam daran arbeiten, das Versprechen der Demokratie einzulösen**

Demokratien stehen weltweit unter Druck wie schon seit Langem nicht. Mit den aktuellen Herausforderungen für die Demokratie und mit möglichen Lösungsansätzen für ihre aktuellen Krisen befasste sich heute eine Enquete des Bundesrats unter dem Titel "Demokratie braucht Zukunft – Brücken bauen, Demokratie stärken". Auf Einladung von Bundesratspräsident Franz Ebner diskutierten Expert:innen aus Wissenschaft, Politik und Medien.

In seiner Eröffnungsrede betonte der Bundesratspräsident, dass die Demokratie zu stärken, bedeute, Verantwortung für die Zukunft zu übernehmen. In einer Zeit voller Herausforderungen sei es wichtiger denn je, darüber nachzudenken, wie die Demokratie bewahrt, weiterentwickelt und zukunftssicher gemacht werden könne. Der Bundesrat wolle sich daher als "Zukunftskammer" des Parlaments dieser Fragen annehmen.

In seiner Keynote zur Enquete stellte der Zukunftsforscher Daniel Dettling die Frage, wie angesichts eines "autoritären Megatrends", der weltweit zu beobachten sei, die Zukunft der Demokratie gesichert werden könne. Seiner Ansicht nach liegt die Antwort in einer "populistischen Demokratie", die Bürgerinnen und Bürger anregt, mit neuen Formen der demokratischen Teilnahme die Zukunft mitzugestalten.

### **Bundesratspräsident ruft zur Stärkung der Demokratie auf**

"Demokratie ist kein Selbstläufer – sie ist ein stetiges Ringen, ein Projekt, das jeden Tag aufs Neue gepflegt und geschützt werden muss", stellte Ebner in seiner Eröffnungsrede fest. Sie lebe davon, Brücken zueinander zu bauen. Das erfordere, ein echtes Interesse an den Perspektiven anderer zu haben, Kompromisse einzugehen und dem Gemeinwohl Vorrang zu geben. Nur durch einen offenen

Dialog und eine echte Zusammenarbeit könne die Demokratie wachsen und ihre Stärke entfalten und in Zeiten tiefgreifender Umwälzungen Stabilität bieten. Zu beobachten sei jedoch, dass die Geschwindigkeit der modernen Kommunikation und die Flut an Informationen durch neue Medien zur Belastung für die Demokratie würden. Weiters gebe es einen Verlust an Vertrauen in Politik und Institutionen. Hier sei es die Aufgabe der Politik, Orientierungspunkte für die Bürgerinnen und Bürger zu setzen und so die Demokratie zu stärken und weiterzuentwickeln.

Angriffe auf die Demokratie gebe es durch autokratische Einflüsse, Fake News, Radikalisierungstendenzen und die Dynamik der sozialen Medien. Der Bundesratspräsident verwies dazu auf die Mitte Oktober von der Landtagspräsidentenkonferenz beschlossene Erklärung zum "Schutz der Demokratie vor den Risiken sozialer Medien". Sie weise auf die Problematik hin, dass die Verbreitung von Fake News und Hassbotschaften das Vertrauen in die Demokratie und ihre Institutionen untergrabe. Er unterstütze daher die oft geäußerte Forderung nach einer Klarnamenpflicht im digitalen Raum. Auch online sollte jeder Verantwortung für seine Worte übernehmen. Die Landtagspräsidentenkonferenz habe sich zudem dafür ausgesprochen, soziale Medien stärker im Schulunterricht im Rahmen der politischen Bildung zu behandeln und die Medienkompetenz zu fördern wird.

Demokratiebildung sei eine zentrale Aufgabe der Parlamente. Ziel müsse es sein, die Demokratiebildung zu stärken und allen Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit zu geben, sich aktiv mit Demokratie auseinanderzusetzen, ob im Parlament, in einem Landtag oder in der Schule. Bildung sei allgemein ein zentraler Baustein für die Zukunft der Demokratie. Schulen und Bildungseinrichtungen sollten daher die junge Generation auch auf ihre Rolle als aktive Bürgerinnen und Bürger vorbereiten, forderte Ebner. Demokratiebildung, Medienkompetenz und ein fundiertes Wissen über demokratische Prozesse müssten daher zu einer Selbstverständlichkeit werden.

Die Enquete solle auch Wege aufzeigen, wie das Vertrauen in die demokratischen Strukturen zurückgewonnen und gestärkt werden könne. Demokratie sei keine Selbstverständlichkeit, sondern eine gemeinsame Verantwortung, hielt Ebner fest. Sie lebe vom Miteinander und von der Bereitschaft, für gemeinsame Werte einzutreten. Das erfordere aber gegenseitigen Respekt und damit verbunden eine gute Debattenkultur. Ebner schloss seine Rede mit dem Appell, gemeinsam daran zu arbeiten, die Demokratie zu stärken, für die kommenden Generationen zu sichern und zu zeigen, dass Demokratie das beste Modell für eine gerechte und menschliche Gesellschaft sei.

"Demokratie braucht Zukunft, weil sie mehr ist als eine Regierungsform", sagte Ebner. "Sie ist ein Versprechen, das wir uns selbst und der Welt geben, ein Versprechen, dass wir in einer Gesellschaft leben wollen, die auf Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität beruht. Lassen Sie uns dieses Versprechen einlösen, indem wir Brücken bauen und die Demokratie stärken".

**Dettling: Demokratie ist unter Druck, aber vieles spricht für sie**

© Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Nach der Eröffnung durch den Bundesratspräsidenten hielt der Berliner Zukunftsforscher Daniel Dettling eine Keynote zum Thema "Die Zukunft der Demokratie". Er wies einleitend darauf hin, dass viele Menschen im Blick auf eine komplexe und unübersichtliche Gegenwart ein Gefühl des Kontrollverlusts hätten. Vor allem der Mittelstand habe oft das Gefühl, nicht mehr gehört zu werden. Die Antwort darauf sei oft der "Exit", der Versuch des Ausstiegs aus einer bestehenden Ordnung, der mit dem Versprechen verbunden sei, dass so die Kontrolle wiedergewonnen werden könne. Der "Brexit" sei ein Beispiel für das Versprechen, eine Situation "wieder in den Griff bekommen" zu können.

Die Demokratie stehe heute vor ihrer größten Bewährungsprobe seit den 1990er-Jahren, als es schien, dass die liberale Demokratie alternativlos und weltweit auf dem Siegeszug sei. Heute stelle sich das Modell der Demokratie jedoch nicht mehr als alternativlos dar. Selbst im Kernland der Demokratie, den USA, zeige die Wahl von Donald Trump, dass sich der "autoritäre Megatrend" fest etabliert habe. Angesichts dieser Entwicklungen stelle sich die Frage, ob Populismus und Autoritarismus in Zukunft zunehmen oder ob sich die Demokratie als Regierungs- und Lebensform im neuen globalen Wettbewerb der Systeme und Werte durchsetzen werde.

**Demokratien sind Motor für Wachstum und Wohlstand**

Verbreitet bestehe die Ansicht, dass Autokratien effektiver mit Krisen umgehen könnten. Die Fakten würden jedoch eine andere Sprache sprechen, führte Dettling aus. Für demokratische Staaten spreche laut dem Forscher, dass Demokratien der Motor für Wachstum und Wohlstand seien. In Demokratien seien während der Corona-Pandemie deutlich weniger Menschen gestorben. Demokratien würden auch mehr zum weltweiten Frieden beitragen als autoritäre Systeme. Laut einer Studie des australischen Thinktanks Institute for Economics and Peace sei in Ländern, in denen Frieden herrsche, das Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum zwischen 1945 und 2005 dreimal höher ausgefallen als in jenen, in

denen dies nicht der Fall war. In den vergangenen zehn Jahren habe sich der Unterschied auf den Faktor sieben erhöht.

Derzeit lebten nur mehr etwas weniger als die Hälfte der Weltbevölkerung in Demokratien. Dettling sieht jedoch auch ermutigende Anzeichen, da in vielen Regionen der Welt emanzipative Werte wie Gleichberechtigung der Geschlechter, persönliche Entscheidungsfreiheit, Meinungsfreiheit und politische Mitwirkungsrechte wieder zunehmend stärkere Beachtung finden.

### **Alternativlosigkeit schafft die Zukunft ab**

Ein großes Problem vieler demokratischer Systeme sei allerdings, dass sie ihre Versprechen nicht mehr einlösen könnten und viele Menschen, insbesondere Angehörige der Mittelschicht, sich nicht mehr beachtet fühlten. "Demokratien sterben, wenn die Menschen glauben, dass Wahlen nicht mehr wichtig sind", zitierte Dettlinger den Historiker Timothy Snyder. Alternativlose Demokratie würden gleichermaßen wie populistische Autokratien den Menschen das Gefühl geben, dass sie nicht ändern könnten, und damit die Zukunft abschaffen.

Demokratie könne nicht von außen gebracht werden, sie müsse von innen gewollt und erreicht werden, sie sei eine Lebensform, die auch immer wieder erneuert werden müsse. Die Europäische Union zeige, dass Demokratie auch supranational funktionieren könne. Sie biete dafür nach Ansicht des Zukunftsforschers die Voraussetzungen, für die Zukunft und gegen die "Zukunftslosigkeit der Autokraten" anzukämpfen. Europa werde künftig größer werden, wenn es um globale Fragen gehe, und "kleiner" bei der Lösung von lokalen Fragen, die nach dem Prinzip der Subsidiarität gelöst werden könnten. Die Zukunft der Demokratie sieht Dettling daher auf lokaler Ebene, bei Städten und Gemeinden.

Wichtig sei auch die Stärkung des Zusammenhalts und das Erleben von Demokratie. Die Förderung von Mobilität und Austausch der jungen Europäerinnen und Europäer sei hier ein wichtiger Faktor. Die Schulen müssten Orte sein, an denen Demokratie und bürgerschaftliches Engagement erlebt und erlernt würden.

### **Populistische Demokratie als Alternative zu populistischer Autokratie**

Ein großes Problem der Demokratien sei ihr "Präsentismus", ihr kurzfristiger Handlungshorizont, der sich an Wahlzyklen orientiere. Das "Megathema Klimaschutz" sei ein Beispiel für die Notwendigkeit einer Politik, die langfristige Perspektiven im Sinne der kommenden Generationen entwickle. Hier könne die Antwort nicht in der "Ökodiktatur" liegen, sondern in einer "Klimademokratie" der Städte und Gemeinden und engagiertes Handeln auf allen Ebenen.

Dettling sah die Möglichkeit für eine neues politisches Zeitalter: "Populistische Demokratien", in denen die Menschen "zur Übernahme von Verantwortung verleitet" würden, die "Mitmachdemokratie" mit innovativen Verfahren der Beteiligung müsse die Antwort auf populistische Autokratien sein. Dettling verwies dabei auf die guten Erfahrungen mit Bürgerforen. Demokratie lebe vom Glauben an eine bessere Zukunft und dem Glauben der Bürger:innen, dass ihr Engagement etwas bewirke. "Die Zukunft kann nur von uns allen gerettet werden", sagte Dettling. "Machen wir uns die Mühe, sie zu retten!".

Der Analyse der aktuellen Herausforderungen für die Demokratie widmete sich das erste Panel der heutigen parlamentarischen Enquete "Demokratie braucht Zukunft" auf Einladung von Bundesratspräsident Franz Ebner. So gab Martina Zandonella, Expertin beim Foresight Institut, Einblicke in die Erkenntnisse aus dem "Demokratiemonitor". Sie konstatierte einen Vertrauensverlust in die Politik. Dieser gelte für alle Bevölkerungsgruppen, sei aber besonders bei Personen mit niedrigem Einkommen höher. Für einen Wiederaufbau des Vertrauens brauche es mehr positive Alltagserfahrungen mit Demokratie, meinte sie. Die Herausgeberin der Tageszeitung "Kurier", Martina

Salomon, berichtete von den zunehmenden Herausforderungen der Medien, hob deren Bedeutung für die Demokratie hervor und mahnte faire Rahmenbedingungen ein.

Anschließend reflektierten Mandatar:innen des Bundes- und Nationalrats sowie der Landtage und ein Vertreter der Europäischen Kommission die Impulse der beiden Expertinnen.

### **Expertin Zandonella: Vertrauensverlust in Politik besonders bei unteren Einkommen**

Als "Resilienzfaktor" der Demokratie nannte Martina Zandonella, Demokratieexpertin beim Foresight Institut, die Bevölkerung und deren Verständnis demokratischer Grundwerte. Sie berichtete in ihrer Rede aus den Erkenntnissen der Erhebungen zum "Demokratiemonitor". Seit 2018 würden dabei Menschen zu ihrem Verständnis von Demokratie und Politik befragt. Aus den Ergebnissen sei ein deutlicher Verlust des Vertrauens in die Politik ablesbar, erläuterte sie. Befanden 2018 noch zwei Drittel der Befragten, dass das politische System gut funktioniere, seien es jetzt nur mehr knapp 40 %. Dieses gesunkene Vertrauen gebe es bei allen Bevölkerungsgruppen, Unterschiede gebe es aber je nach ökonomischer Situation der Befragten. So würde sich die Zufriedenheit im mittleren und oberen Einkommensdrittel erholen, im unteren aber auf niedrigerem Niveau weiter sinken. Nur mehr für ein Fünftel dieser Gruppe würde das politische System gut funktionieren, erklärte Zandonella. Der Vertrauensverlust betreffe dabei "klar" die repräsentativen Einrichtungen der Demokratie. Die Werte für den Bundespräsidenten, das Parlament und die Bundesregierung seien gesunken. Das Vertrauen in Polizei, Justiz und Verwaltung hingegen sei über die Jahre konstant hoch.

Die Gruppe des unteren Einkommensdrittels würde sich in ihrem Alltag oft als Menschen "zweiter Klasse" und nicht wertgeschätzt fühlen. Nicht einmal ein Fünftel von ihnen fühle sich durch das Parlament gut vertreten. Die Konsequenz daraus sei "dramatisch", sagte Zandonella mit Verweis auf deren niedrige politische Beteiligung. So sei der Anteil der Nichtwähler:innen in dieser Gruppe wesentlich höher als bei höheren Einkommen. Zwar sei bei der letzten Wahl die Wahlbeteiligung gestiegen, dies sei aber fast ausschließlich bei den Gruppen der mittleren und oberen Einkommen erfolgt. Um die Entwicklung beim unteren Einkommensdrittel zu ändern, müsse Demokratie mehr im Alltag der Menschen mit mehr positiven Erfahrungen verhaftet werden, meinte Zandonella.

Im Unterschied zum Vertrauen in die Politik gebe es aber eine über die Jahre stabile Mehrheit bei den Vertrauenswerten in die Demokratie, betonte die Expertin. Die Mehrheit der Menschen würde die Demokratie als beste Staatsform ansehen. Verbesserungsbedarf würden die Befragten aber bei den Beteiligungsrechten und bei den Rechten des Parlaments sehen.

### **Kurier-Herausgeberin Salomon: Medien und Politik sind nicht Partner, aber auch keine Feinde**

"Medien schauen der Politik auf die Finger und haben damit eine eminent wichtige und unersetzliche Aufgabe in einer Demokratie", leitete Martina Salomon, Herausgeberin der Tageszeitung "Kurier", ihren Redebeitrag ein. Seit gut einem Jahrzehnt seien Medien aber unter einem großen Druck. Zum einen seien immer weniger Menschen bereit, für journalistisch aufbereitete Inhalte zu bezahlen. Parallel gebe es einen Einbruch des Werbevolumens bei klassischen nationalen Medien. Jeder zweite Werbe-Euro gehe bereits in Richtung internationaler Plattformen. Dies hätte Sparpakete, weniger Arbeitsplätze in den Medienhäusern sowie letztlich weniger Medienvielfalt zur Folge.

Vom Staat unabhängige Medien seien in einem "Zangengriff" zwischen internationalen Superkonzernen und der Marktmacht des öffentlich rechtlichen Rundfunks. Letzterer sei durch die Haushaltsabgabe finanziell abgesichert. Es brauche faire Rahmenbedingungen, um die Vielfalt mit den privaten Verlagen zu erhalten, forderte Salomon. Eine zunehmende Schiefelage ortete die Kurier-Herausgeberin angesichts wachsender Kommunikationsabteilungen bei Politik und Wirtschaft bei gleichzeitig immer kleineren Redaktionen.

Im Bereich der Digitalisierung und sozialer Medien verlagere sich die Deutungshoheit von Medien zunehmend in Richtung "politischer Influencer", meinte Salomon mit Verweis auf die Rolle von Elon Musk bei den jüngsten US-Wahlen. Die sozialen Medien seien einerseits eine "großartige" Errungenschaft, auf der Kehrseite stünden aber die ungehinderte Verbreitung von Desinformation und Verschwörungstheorien. In diesem Zuge habe der klassische Journalismus bei vielen Menschen einen Glaubwürdigkeitsverlust erfahren. "Medienbashing", wie etwa von einer "Systempresse" zu sprechen, zähle mittlerweile vielfach zum guten Ton. Als weiteren Faktor machte Salomon eine gewisse "Nachrichtenmüdigkeit" aus. Bei einem "Overkill" an Krisen, wie dies aktuell der Fall sei, trete eine Vermeidung von Nachrichten bei den Menschen ein.

Insgesamt müsse mehr Dialog geführt werden und es mehr Respekt vor anderen Meinungen geben, forderte Salomon. Medien sollten dabei Kompromisse nicht als Schwäche und eine positive Einordnung politischer Arbeit nicht als vorauseilenden Gehorsam betrachten. Medien und Politik seien nicht Partner aber auch keine Feinde, schloss sie ihren Beitrag mit einem Appell für Medienvielfalt.

### **Europäische Kommission: Maßnahmen zum Schutz der Demokratie**

Im Anschluss an die Impulse der beiden Expertinnen hatten die anwesenden Teilnehmer:innen die Möglichkeit zur Debatte. Christian Wigand, amtsführender Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich berichtete über Entwicklungen auf europäischer Ebene. Demokratie sei keine Selbstverständlichkeit und diese würde angesichts verdeckter Einflussnahme aus dem Ausland, Extremismus, Desinformation und Manipulation vor großen Herausforderungen stehen, sagte er. Zuletzt konnten mit dem Digital Services Act oder den Transparenzregeln für politische Werbung Fortschritte zur Stärkung der Demokratie erzielt werden. Der Schutz der Demokratie sei ein Schwerpunkt der neuen Europäischen Kommission. So seien Maßnahmen gegen Desinformation und gegen den Einfluss aus dem Ausland geplant. Ebenso soll das Bewusstsein für Desinformation gestärkt und die Teilnahme am Demokratieprozess mit Jugenddialogen und Bürgerforen weiter gefestigt werden. Maßnahmen zur Wahrung der Fairness und Integrität von Wahlen sowie der demokratischen Kontrolle sollen weiter entwickelt werden.

### **Fraktionen diskutieren Herausforderungen**

Die aktuellen Herausforderungen für die Demokratie debattierten auch Mandatar:innen des Bundes- und Nationalrats sowie der Landtage.

Angesichts von Entscheidungen über den Kopf der Bürger:innen hinweg gebe es eine zunehmende Entfremdung, meinte der niederösterreichische Landtagsabgeordnete Andreas Bors (FPÖ). Als Beispiel nannte er die aktuelle Regierungsbildung ohne die Einbindung des "klaren Wahlsiegers". Ebenso kritisierte der Abgeordnete die häufiger werdende Unterdrückung "unliebsamer Meinungen" wie während der Corona-Pandemie.

Das Vertrauen der Bürger:innen sei zu jenen Gebietskörperschaften am höchsten, die ihnen am nächsten sind, gab Bundesrat Christian Buchmann (ÖVP/St) als Anregung für das Parlament. Zudem sprach er sich für einen "Wettbewerbsföderalismus" und gegen das "Unwesen" der delegierten Rechtsakte aus.

Das geringe Vertrauen der Jugend in die Politik sollte zu denken geben, erklärte Nationalratsabgeordnete Carina Reiter (ÖVP) mit Verweis auf aktuelle Studienergebnisse.

Menschen seien vor allem dann Demokrat:innen, wenn sie das Gefühl hätten, dass die Demokratie imstande sei, Lösungen zu finden und das Wohlstandsversprechen einzulösen, meinte der Tiroler Landtagsabgeordnete Sebastian Kolland (ÖVP).

Über die sozialen Medien würden sich Informationen oft schnell und unkontrolliert mit der Folge eines Vertrauensverlustes in demokratische Institutionen verbreiten, erklärte Bundesrätin Claudia Arpa (SPÖ/K). Die Menschen sollten diese "Echokammern" verlassen und wieder mehr aufeinander zugehen und in Dialog für gemeinsame Lösungen treten, forderte sie.

Bürgernähe und politische Mitbestimmung seien essentielle Elemente einer funktionierenden Demokratie, betonte Bundesrätin Maria Fischer (SPÖ/St) und sprach sich für mehr Transparenz bei politischen Entscheidungsprozessen aus.

Die Demokratie sei das "Herzstück" der Gesellschaft und nicht selbstverständlich, meinte Bundesrat Günter Kovacs (SPÖ/B) und bemängelte, dass sich zu viele Menschen nicht mehr abgeholt fühlen würden.

Ein Drittel der Menschen in Wien dürften nicht wählen und das könne sich eine Demokratie nicht leisten, kritisierte Bundesrat Stefan Schennach (SPÖ/W). Auch Nationalratsabgeordnete Julia Herr (SPÖ) bemängelte dies und hinterfragte angesichts einer hohen Zahl an Nichtwähler:innen und Nichtwahlberechtigten, wie repräsentativ der Nationalrat zusammengesetzt sei.

Gegen eine Klarnamenpflicht in Foren trat Nationalratsabgeordnete Henrike Brandstötter (NEOS) ein. Dies schränke die Möglichkeit zur Kritik an Regierungen ein. Zudem sprach sich Brandstötter für mehr Demokratiebildung und eine Stärkung der Medienkompetenz aus.

Oft werde ein falsches Bild von Mitbestimmung mit dem Ergebnis einer Unzufriedenheit kommuniziert, kritisierte Nationalratsabgeordnete Agnes Sirkka Prammer (Grüne). Es gehe dabei nicht um die "Diktatur einer relativen Mehrheit", sondern um eine Mitgestaltung und die Beteiligung an einem Diskurs zur Entscheidungsfindung.

Die Frage nach Lösungswegen zur Stärkung der Demokratie stand im Fokus des zweiten Panels der heutigen Enquete des Bundesrats unter dem Titel "Demokratie braucht Zukunft - Brücken bauen, Demokratie stärken". Landeshauptmann Thomas Stelzer aus Oberösterreich betonte, dass Bürger:innen in ihrem unmittelbaren Lebensbereich – in ihrer Gemeinde – den demokratischen Prozess hautnah miterleben könnten und stellte Initiativen zur Bürger:innenbeteiligung aus Oberösterreich vor. Martin Hagen, Geschäftsführer von Republik21, warnte vor einer "Einschränkung von Freiheiten", die mit dem "Schutz der Demokratie" begründet würden. Der Präsident der Österreichischen Forschungsgemeinschaft Emil Brix referierte zum Thema Demokratiebildung.

**Stelzer: Demokratie ermöglicht freie Lebensgestaltung**

© Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

In einer Demokratie brauche es Leute, die Verantwortung übernehmen wollten, sagte Oberösterreichs Landeshauptmann Thomas Stelzer in seinem Vortrag unter dem Titel "Bürgernähe und politische Mitbestimmung". Entscheidend sei dabei zudem der Respekt vor anderen und das Zulassen der Diskussion. Denn es gehe darum, gemeinsam Regeln zu finden, die akzeptiert und eingehalten würden, um "unsere Freiheit zu schützen", so Stelzer. Er betonte: "Demokratie schreibt nicht vor, sondern ermöglicht freie Lebensgestaltung". Das Ringen um Lösungen könne am besten im unmittelbaren Lebensraum – in den Gemeinden – miterlebt werden, insbesondere auch durch Ehrenamt und Freiwilligenarbeit. Stelzer verwies außerdem auf Instrumente zur Bürger:innenbeteiligung, die in Oberösterreich zum Einsatz kommen. So würden im Rahmen der "Bürgerbegutachtung" Gesetzesvorhaben zugänglich gemacht und ein "Agenda-Zukunftsprozess" lade zum Mitmachen ein. "Demokratiefeinden", die Richtung Unfreiheit gingen, müsse man entgegentreten, forderte Stelzer und erinnerte daran, dass Politik "beizeiten" Ergebnisse liefern müsse und Reformen nicht ausbleiben dürften – dies sei gerade in der Phase des Findens einer neuen Bundesregierung entscheidend, so Stelzer.

**Hagen: "Lebendiger Pluralismus statt betreutes Denken"**

Martin Hagen, Geschäftsführer von Republik21, sagte in seinem Vortrag, dass der Schutz der Demokratie nicht als Vorwand genommen werden dürfe, um Freiheiten einzuschränken. Er warnte vor einer "Verengung des demokratischen Diskurses" und sprach sich gegen ein "Demokratiefördergesetz" aus, das in Deutschland diskutiert werde. Willensbildung in einer Demokratie habe von unten nach oben zu verlaufen, so Hagen. Es sei nicht die Aufgabe des Staates, bestimmte Meinungen in der Bevölkerung zu fördern und andere zu unterdrücken – jedenfalls nicht solange sich diese Meinungen auf dem Boden freiheitlich-demokratischer Grundordnungen bewegten, denn man schade "dem wichtigen Anliegen der Extremismusbekämpfung, wenn man den Rahmen des legitimen Meinungsspektrums immer enger" ziehe, sagte Hagen. Er warnte auch vor der Einführung von "Trusted

Flaggern", die der Digital Service Act der EU vorsieht. Denn bei der Beurteilung von "Hassrede" und Fake News begeben man sich auf "dünnem Eis". Es brauche "lebendigen Pluralismus" und kein "betreutes Denken", so Hagen.

### **Brix: Demokratiebildung nicht nur in den Schulen**



© Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Zum Thema Demokratiebildung referierte Emil Brix, Präsident der Österreichischen Forschungsgemeinschaft und Direktor der Diplomatischen Akademie. Er sprach sich für einen Ausbau der politischen Bildung in allen Schulformen ab der fünften Schulstufe aus, und betonte zudem, dass Demokratiebildung nicht nur in Schulen stattfindet.

Es müsse darüber nachgedacht werden, wo und in welcher Form man mehr Demokratie zulassen könne und regte in diesem Zusammenhang einen Ausbau der Laiengerichtbarkeit an. Weltweit gesehen nehme die Zahl der liberalen Demokratien derzeit ab, und es scheine, dass man "nicht die Argumente" habe, um die Zahl größer zu machen, so Brix. Die Botschaft jener, die undemokratisch agierten, laute: "Wir können schneller und eindeutiger agieren und haben auch die besseren Rezepte um die Wirtschaft voranzubringen". Dies müsse demokratisch widerlegt werden und sei damit Teil von Demokratiebildung, sagte Brix.

### **Debatte: Lösungswege zur Stärkung der Demokratie**

In der anschließenden Diskussion sagte Nationalratsabgeordneter Gernot Darmann (FPÖ), dass es in der Demokratie "Politiker mit Handschlagqualität" sowie die "Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen" brauche. Die Bevölkerung sei kritischer und emotionaler geworden. Nicht die Botschaft in sozialen Medien sei "das Schlechte", sondern die Frage sei, was "bei den Menschen ankomme", so Darmann. Bundesrat Klemens Kofler (FPÖ/N) warnte davor, dass es der Demokratie "nachhaltig schade", wenn ein "erheblicher Wähleranteil ausgeschlossen werde". Man baue keine Brücken, indem man die stimmenstärkste Partei isoliere, so Kofler.

Bundesrätin Christine Schwarz-Fuchs (ÖVP/V) sprach sich für die Förderung des kritischen Denkens aus und sagte, dass es dazu Engagement in Schulen brauche, aber auch in der Mitte der Gesellschaft Räume geschaffen werden müssten, "um miteinander ins Gespräch zu kommen". Bundesrat Bernhard Ruf (ÖVP/O) rief zum respektvollen Umgang und einer Debattenkultur mit dem Grundsatz "We agree to disagree" auf. Zudem betonte Ruf, dass man "nicht an die nächste Wahl, sondern an die nächsten Generation" denken solle. Auch Bundesrätin Barbara Prügl (ÖVP/O) plädierte für eine "gesunde Debattenkultur" und verwies auf die Vorbildfunktion von Politiker:innen. Zudem betonte sie die Bedeutung des Engagements in Vereinen, da sich die Sichtweise verändere, wenn man in einem Verein Verantwortung übernehme.

Angesichts von Politikverdrossenheit forderte Sandra Gerdenitsch (SPÖ/B) die Stärkung des Vertrauens in die Politik, indem insbesondere junge Menschen mehr in Gremien miteinbezogen werden sollten. Diese hätten oft das Gefühl, dass ihre Stimme nicht zähle, so die Bundesrätin. Nationalratsabgeordneter Mario Lindner (SPÖ) betonte, dass eine demokratische Gesellschaft immer nur so stark sei, wie ihre schwächsten Mitglieder. Er erinnerte an eine Enquete des Bundesrats zum Thema "Digitale Courage" aus dem Jahr 2016 und regte einen Prozess in beiden Kammern des Parlaments an, um mit den in parlamentarischen Enqueten gewonnenen Informationen "zu Lösungen zu kommen". Alle Lebensbereiche sollten mit Demokratie durchflutet werden, sagte der Wiener Landtagsabgeordnete Kurt Stürzenbecher (SPÖ) und forderte die Stärkung des "demokratisch-sachlichen" Umgangs miteinander.

Die Stärkung der Demokratie sei eine Aufgabe, die uns leiten solle und dies könne nur gemeinsam gelingen, sagte Bundesrätin Manuela-Anna Sumah-Vospernik (NEOS/W). Sie sprach sich unter anderem für ein Hearing von Minister:innen vor ihrer Ernennung und eine Reform des "komplizierten" Vorzugsstimmensystems aus.

Doris Wagner, Sektionschefin im Bildungsministerium, betonte die Wichtigkeit politisch gebildeter Bürger:innen für die Demokratie. Sie verwies auf drei Initiativen, die vom Bildungsministerium zuletzt verstärkt vorangetrieben wurden. So seien die Plattform "DNAustria" zur Wissenschafts- und Demokratievermittlung geschaffen, der Fachbereich "politische Bildung" im neuen Lehrplan "gut berücksichtigt" und mit der Initiative "Hinschauen statt Wegschauen" die Schuldemokratie gefördert worden.

Mitbestimmung fange nicht erst mit dem 16. Geburtstag, sondern schon bei der Klassensprecherwahl in der Schule und in Betrieben bei der Wahl des Jugendvertrauensrats an, sagte Nadine Fahrenberger vom Österreichischen Gewerkschaftsbund. Sie betonte, dass es österreichweit rund 800 Jugendvertrauensratkörperschaften gebe, die sich täglich für Lehrlinge in den Betrieben einsetzten.

Sina Moussa-Lipp, Vertreterin der Bundesarbeiterkammer, wies auf eine "besonders große Demokratielücke" in Städten hin. Denn während die Bevölkerung in Wien wachse, sinke die Zahl der Wahlberechtigten. Demokratie könne jedoch nicht theoretisch gelernt, sondern müsse erfahren werden und beginne dort, wo sich Menschen gerecht behandelt fühlten, so Moussa-Lipp. Sie forderte daher unter anderem einen "gerechteren Zugang zum Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft".

## 6.2 „Österreich wird älter“: Expertenforum im Bundesrat



© Parlamentsdirektion / Katie-Aileen Dempsey

### **Der demografischen Wandel wird zur Herausforderung für das Gesundheitssystem und die Pflege**

Der Anteil von älteren Menschen in der österreichischen Bevölkerung steigt. Auf Einladung von Bundesratspräsident Franz Ebner tauschten sich im Parlament im Rahmen des Expertenforums "Österreich wird älter" Fachleute und Vertreter:innen der Politik über mögliche Lösungsansätze aus.

Die Leiterin der Direktion Bevölkerungsstatistik der Statistik Austria, Regina Fuchs, sprach über die Datenlage, die es erlaubt, die demografische Entwicklung Österreichs in den nächsten Jahrzehnten einzuschätzen. Um politische Lösungsansätze für die dabei auftauchenden Probleme und Fragen entwickeln zu können, gilt es laut Fuchs, eine gute Datengrundlagen zu sichern. Derzeit könne man etwa den künftigen Fachkräftebedarf nur schwer abschätzen.

Monika Riedel, Gesundheitsökonomin und Sprecherin für Pflege am Institut für Höhere Studien, ging in ihrem Vortrag auf die Effekte des demografischen Wandels auf das Pflegesystem ein. Der Anstieg der Pflegebedürftigen bringe einerseits eine Kostensteigerung mit sich und führe andererseits vor allem zu einem hohen zusätzlichen Bedarf an Pflegeleistungen. Demzufolge werde der Zusatzbedarf an Pflegekräften bis zum Jahr 2030 auf 17.000 bis 18.000 Personen geschätzt.

Florian Bachner, Leiter der Abteilung Gesundheitsökonomie und -systemanalyse von "Gesundheit Österreich", sprach in seinem Vortrag von einem "Trilemma der Demografie im Gesundheitswesen". Er führte aus, dass es im Hinblick auf die demografische Alterung drei Seiten gebe, die sich gegenseitig ungünstig beeinflussen. Dies sei erstens eine steigende Nachfrage nach Gesundheitsleistungen. Dem stehe als zweites Problem immer weniger Erwerbstätige gegenüber, was auch dazu führe, dass sich das Gesundheitspersonal verknappe. Als drittes Problem führe dies wiederum zu einer reduzierten

Finanzierungsgrundlage für das Gesundheitssystem, weil weniger Steuer- und Beitragszahlungen zur Verfügung stehen.

Soziologe und Leiter des Kompetenzzentrums für Gerontologie und Gesundheitsforschung der Karl Landsteiner Privatuniversität für Gesundheitswissenschaften, Franz Kolland, plädierte in seinem Vortrag für neue Perspektiven auf das Alter, abseits einer rein chronologischen Sichtweise. Der Altersprozess sei in "biopsychosozialer" Hinsicht Änderungen unterworfen, könne auch auf individueller Ebene beeinflusst werden und hänge wesentlich von sozialen Aspekten ab.

Jugend-Staatssekretärin Claudia Plakolm erörterte die Herausforderungen, vor die der demografische Wandel auch die Generation Z stelle. Sie strich zudem die Bedeutung des Zivildienstes hervor, der vielen jungen Männern "die Augen öffne", für eine Tätigkeit im Sozial- und Pflegebereich.

Die Auswirkungen einer alternden Gesellschaft standen auch im Mittelpunkt einer abschließenden Podiumsdiskussion mit den voran gegangenen Referent:innen. Diese thematisierten internationale Best-Practice-Beispiele, die Zukunft der Pflege, die Herausforderungen am Arbeitsmarkt und das Pensionsantrittsalter. Ebenso sprachen sie über die Geburtenrate und die zunehmende Bedeutung von Gesundheit und Prävention.

In seinen Abschlussworten fasste Bundesratspräsident Franz Ebner die Herausforderungen des demografischen Wandels zusammen und hob die Bedeutung der Prävention in der Gesundheit hervor.

Die Auswirkungen einer alternden Gesellschaft standen auch im Mittelpunkt einer abschließenden Podiumsdiskussion des heutigen Bundesrats-Expert:innenforums "Österreich wird älter" im Parlament. Es diskutierten die Expert:innen Regina Fuchs (Statistik Austria), Monika Riedel (Institut für Höhere Studien), Florian Bachner (Gesundheit Österreich) und Franz Kolland (Karl Landsteiner Privatuniversität für Gesundheitswissenschaften). Diese thematisierten internationale Best-Practice-Beispiele, die Zukunft der Pflege, die Herausforderungen am Arbeitsmarkt und das Pensionsantrittsalter. Ebenso sprachen sie über die Geburtenrate und die zunehmende Bedeutung von Gesundheit und Prävention.

In seinen Abschlussworten fasste Bundesratspräsident Franz Ebner die Herausforderungen des demografischen Wandels zusammen und hob die Bedeutung der Prävention in der Gesundheit hervor.

### **Thema Altern und der Umgang in anderen Ländern**

In Mitteleuropa gebe es hinsichtlich des Alterns eine "dramatische" Entwicklung, es gebe aber Länder, wo diese Entwicklung bereits fortgeschrittener sei, meinte Regina Fuchs von der Statistik Austria. So gehe die Alterung in Asien, in Ländern, die viel verschlossener seien und es keine Tradition in der Migration gebe, viel schneller voran. In Europa altere die deutsche Gesellschaft schneller als die österreichische. Die französische sei hingegen aufgrund von Migration und einer traditionell höheren Geburtenrate jünger.

In Ländern wie Japan, wo das Altern schon früher eine höhere gesellschaftliche Bedeutung gehabt habe, seien in Folge mehr Programme aufgesetzt worden, erläuterte Franz Kolland von der Karl Landsteiner Privatuniversität für Gesundheitswissenschaften. Ebenso wies er auf vorbildhafte Pflege- und Wohnprojekte in den Niederlanden hin. Die Altersdiskriminierung sei ein Problem, Österreich solle sich deswegen für die zum Stillstand gekommene Diskussion zur Etablierung einer UN-Konvention für die Menschenrechte älterer Menschen einsetzen.

Hierzulande sei es im Unterschied zu Skandinavien, wo dies sachlicher gehandhabt werde, oft verpönt, Angehörige in Pflegeheime zu geben, meinte Monika Riedel vom Institut für höhere Studien. Dort sei

auch die Erwerbsbeteiligung von Frauen früher höher gewesen und die Professionalisierung eher erfolgt.

Angesprochen auf eine höhere Anzahl an gesunden Jahren in Skandinavien begründete Florian Bachner von der Gesundheit Österreich dies mit einem Konglomerat an Faktoren, wie ein höheres Gesundheitsbewusstsein aber auch reformfreudigere Gesundheitssysteme.

### **Die Zukunft der Pflege und der Gesundheitsversorgung**

Die Rolle des Familienverbands bei der Pflege werde sich ändern, aber weiter eine zentrale Rolle spielen, meinte Monika Riedel. Sie begründete dies damit, dass die formelle Pflege an ihre Grenzen stoße.

Das Individuum habe ein Bedürfnis nach anderen Menschen, das Maschinen niemals ersetzen könnten, meinte Florian Bachner. Es gebe aber viele Bereiche wie etwa bei der Diagnostik, wo Robotik und künstliche Intelligenz massiv unterstützen können. Es gelte dabei, keine Angst zu haben, sondern die Chancen der Technologien zu sehen, appellierte er.

### **Arbeitsmarkt und Pensionen**

Bildung sei ein Garant dafür, dass Menschen länger im Arbeitsmarkt bleiben können, meinte Regina Fuchs. Hinsichtlich Migration wies sie darauf hin, dass diese ein hohes Potenzial habe, Humankapital ins Land zu holen. Es sollte aber darauf geachtet werden, dass dieses Humankapital, in das der Staat oft viel investiert, im Land gehalten werde.

Gegenüber der Zahl an Ärzt:innen, die nach ihrer Ausbildung in andere Länder auswandern, gebe es auch viele, die nach Österreich kommen, gab Florian Bachner zu bedenken. Insgesamt gebe es nur ein kleines Minus. Viel bedeutender sei, dass es gelinge, Ärzt:innen in Positionen zu bringen, wo es einen hohen Bedarf gibt.

Die Frage des Pensionsantrittsalters sei eine politische Frage, erklärte Regina Fuchs. Aktuell sei jedenfalls das tatsächliche weit unter dem gesetzlichen und in den Jahren vor der Pension seien sehr viele Menschen in Arbeitslosigkeit. Es brauche daher Maßnahmen, um Menschen im Erwerbsleben zu halten. Ebenso würde es bei einer Erhöhung des Pensionsantrittsalters Investitionen in die Menschen und ihre Gesundheit brauchen. Dem pflichtete Monika Riedel bei. Es würde hier begleitende Maßnahmen, wie die Förderung eines gesunden Lebensstils, benötigen.

### **Gesellschaftliche Faktoren für niedrige Geburtenrate**

Hinsichtlich der niedrigen Geburtenrate machte Regina Fuchs mehrere Faktoren verantwortlich. So sei zwar der Wunsch nach zwei Kindern seit Jahren unverändert, die Fertilitätsrate liege aber bei 1,3. Es gebe hierzulande eine lange Tradition an Frauen, die kinderlos bleiben. Ebenso würden Frauen im Unterschied zu anderen Ländern schnell als "Rabemütter" gelten, wenn sie etwa nach der Karenz schnell ins Erwerbsleben zurückkehren. Frauen würden im Vergleich länger in Karenz bleiben, anschließend in Teilzeit weniger Stunden arbeiten und auch, wenn die Kinder größer sind, nicht auf Vollzeit umsteigen.

### **Gesundheitsvorsorge und Prävention wichtig**

Die Angebote der Gesundheitsvorsorge würden zu wenig angenommen werden und dies sollte einer neuen Bundesregierung ein Anliegen sein, konstatierte Franz Kolland. Wichtig zur Gesundheitsprävention wären auch geriatrische Rehabilitationseinrichtungen. Derzeit gebe es in Österreich – im Unterschied zu Deutschland – keine einzige derartige Einrichtung.

Die Bedeutung von Gesundheitsprävention hob auch Monika Riedel hervor. Hier müsse man möglichst früh, bereits im Kindergarten ansetzen, damit die Menschen möglichst früh einen gesunden Lebensstil kennen lernen und in Folge diesen auch leben.

### **Ebner: Brauchen Paradigmenwechsel von der Reparaturmedizin zur Vorsorgemedizin**

Der demografische Wandel sei zweifellos eine der größten Herausforderungen unserer Zeit, hielt Bundesratspräsident Franz Ebner in seinen Abschlussworten fest. Notwendig sei eine vorausschauende Planung, um den Fachkräftemangel, den steigenden Bedarf nach Gesundheits- und Pflegeleistungen oder die Frage nach der Generationengerechtigkeit zu bewältigen und gleichzeitig die Chancen, etwa durch neue Technologien, zu nutzen. Die Bedürfnisse der heutigen Seniorinnen und Senioren und die Anliegen und Sorgen der jüngeren Generation dürfen jedenfalls nicht zu einer Spaltung der Gesellschaft führen, hielt er fest. Nur das Verständnis der Generationen untereinander könne den Weg in eine sichere und gute Zukunft ebnen. Die ältere Generation sei - etwa neben ihrem sozialen Engagement in Vereinen, in Freiwilligenorganisationen, bei der Kinderbetreuung oder in der Angehörigenpflege – als wesentlicher Wirtschaftsfaktor für ein Viertel des privaten Konsums verantwortlich, hob der Bundesratspräsident hervor.

Bei der Frage, "wie" man alt werde, komme aus seiner Sicht der Prävention große Bedeutung zu. Daher sei ein Paradigmenwechsel von der Reparaturmedizin zur Vorsorgemedizin notwendig. Etwa die Angehörigenpflege werde durch den demografischen Wandel und geänderte Familienstrukturen in Zukunft weniger zur Verfügung stehen. Aus Sicht von Ebner müsse der Pflegeberuf vom Mangelberuf wieder zum Traumberuf werden, etwa durch mehr Entbürokratisierung oder den vermehrten Einsatz digitaler Anwendungen.

### 6.3 Bundesratspräsident Franz Ebner zu Besuch in Polen



© FLICKR/Kancelaria Senatu/Paczos Tomasz

#### **Gespräche in Warschau mit Senatspräsidentin, Woiwodschaftsmarschall, Ausschussvorsitzenden, Thinktanks und NGOs**

Bundesratspräsident Franz Ebner absolvierte vom 5. bis 8. November einen offiziellen Besuch in Polen, begleitet von einer Delegation der österreichischen Länderkammer. Neben Ebner gehörten Vizepäsidentin Andrea Eder-Gitschthaler (ÖVP), Vizepäsident Dominik Reisinger (SPÖ) sowie die Bundesratsmitglieder Harald Himmer (ÖVP), Bettina Lancaster (SPÖ), Klemens Kofler (FPÖ) und Claudia Hauschildt-Buschberger (Grüne) zur Delegation.

"Polen übernimmt im ersten Halbjahr 2025 den EU-Ratsvorsitz, zählt zu Österreichs bedeutendsten Handelspartnern und hat aufgrund der russischen Invasion in der Ukraine eine zentrale Rolle, nicht nur weil es als Nachbarland die meisten ukrainischen Flüchtlinge aufgenommen hat. Es gibt viele Gründe, die bilateralen Beziehungen zu Polen zu vertiefen", betonte Bundesratspräsident Franz Ebner.

Im Austausch mit der polnischen Senatspräsidentin Malgorzata Kidawa-Blonska zeigte sich die Besorgnis Polens über die wachsende Bedrohung durch die russische Aggression. Hauptthemen waren daher die Sicherheitspolitik und die europäische Zusammenarbeit. "Polen liegt viel daran, dass die EU zukünftig geeinter auftritt. Unser gemeinsames Ziel ist es, demokratische Werte gegen autokratische Systeme zu verteidigen – das wird auch im polnischen EU-Ratsvorsitz 2025 deutlich werden," so Ebner.

Bei einem Treffen mit Senator Grzegorz Schetyna, dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses, standen die Beziehungen zur Europäischen Union im Mittelpunkt. Schetyna berichtete über die vielen EU-Projekte in Polen und den wirtschaftlichen Aufschwung des Landes, das mit einer EU-Zustimmungsrate von 91 % auf starkem europäischem Fundament steht. "Polens Wirtschaft zählt EU-weit zu den leistungsstärksten, und die geopolitische Lage hat den Standort Polen als Wirtschaftsakteur weiter gestärkt. Dies ist ein klarer Anreiz, unsere bilateralen Beziehungen weiter zu intensivieren," bekräftigte der Bundesratspräsident.

Auch beim Gespräch mit Adam Struzik, dem Vorstand der Woiwodschaft Masowien, war der Ausbau bilateraler Kontakte ein zentrales Thema. Struzik regte eine engere Zusammenarbeit zwischen Masowien und österreichischen Bundesländern an, da vor allem die Region um Warschau – ähnlich wie Ober- und Niederösterreich – stark von Landwirtschaft, Wirtschaft und Kultur geprägt ist. Ebner zeigte sich auch offen für eine Kooperation zwischen dem Verband der polnischen Woiwodschaften und dem österreichischen Bundesrat.

Die Bundesratsdelegation traf zudem mit Senator Ryszard Bober, Vorsitzender des Ausschusses für Landwirtschaft und Ländliche Entwicklung, sowie Senatorin Halina Bieda, Vorsitzende der bilateralen parlamentarischen Gruppe Polen-Österreich, Vertretern von Thinktanks und NGOs sowie mit im Ausland lebenden Österreichern, Wirtschaftsvertretern und Kulturschaffenden zusammen. "Der Schutz und die Förderung der Demokratie stehen im Zentrum meiner Präsidentschaft im Bundesrat. Deshalb haben wir uns neben polnischen Senatorinnen und Senatoren auch mit Vertretern von Thinktanks und NGOs über die Entwicklung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in unseren Ländern ausgetauscht," erklärte Ebner.

Der Besuch endete mit einer Kranzniederlegung am Denkmal der Ghetto-Helden und einem Besuch des Museums für Geschichte der polnischen Juden. "Es ist mir wichtig, hier in Polen ein Zeichen zu setzen, dass der Kampf gegen Antisemitismus ein zentrales Anliegen Österreichs ist," so Ebner abschließend.

## 7. Anfragen des Bundesrates 2024

Aufgrund des Umfangs werden hier nur die Anfragen des zweiten Halbjahres 2024 einzeln angeführt. Ein vollständiger Überblick ist auf der Homepage des österreichischen Parlaments abrufbar ([Anfragen & Beantwortungen | Parlament Österreich](#))

13.03.2025	J-BR	<u>Auwiesen müssen noch immer als Naherholungsgebiet wiederhergestellt werden! (BMI) - Frist für die Beantwortung 13.05.2025</u>	<u>4330/J-BR/2025</u>
05.02.2025	J-BR	<u>Ausbildung zur Pflegeassistentz/ Pflegefachassistentz (BMBWF) - Frist für die Beantwortung 04.04.2025</u>	<u>4329/J-BR/2025</u>
04.02.2025	J-BR	<u>Ausbau der Hospiz- und Palliativversorgung (BMSGPK) - beantwortet durch ( 4015/AB-BR/2025</u>	<u>4328/J-BR/2024</u>
27.01.2025	J-BR	<u>Zweigleisiger Ausbau der Bahnstrecke Werndorf-Spielfeld-Straß (BMK) - beantwortet durch ( 4014/AB-BR/2025</u>	<u>4327/J-BR/2024</u>
21.01.2025	J-BR	<u>Verpflegungsversorgung und Autarkie in der Schwarzenbergkaserne (BMLV) - beantwortet durch ( 4013/AB-BR/2025</u>	<u>4326/J-BR/2024</u>
16.01.2025	J-BR	<u>Veruntreute Vorsorgeuntersuchungen (BMSGPK) - beantwortet durch ( 4012/AB-BR/2025</u>	<u>4325/J-BR/2024</u>
03.12.2024	J-BR	<u>Registrierkassenpflicht der Vereine (BMF) - beantwortet durch ( 4010/AB-BR/2024</u>	<u>4324/J-BR/2024</u>
02.12.2024	J-BR	<u>Spesen und Repräsentationsausgaben der Bundesregierung (BMKÖS) - beantwortet durch ( 4002/AB-BR/2024</u>	<u>4323/J-BR/2024</u>
02.12.2024	J-BR	<u>Spesen und Repräsentationsausgaben der Bundesregierung (BMAW) - beantwortet durch ( 3975/AB-BR/2024</u>	<u>4322/J-BR/2024</u>
02.12.2024	J-BR	<u>Spesen und Repräsentationsausgaben der Bundesregierung (BMI) - beantwortet durch ( 3990/AB-BR/2024</u>	<u>4321/J-BR/2024</u>
02.12.2024	J-BR	<u>Spesen und Repräsentationsausgaben der Bundesregierung (BMK) - beantwortet durch ( 3999/AB-BR/2024</u>	<u>4320/J-BR/2024</u>
02.12.2024	J-BR	<u>Spesen und Repräsentationsausgaben der Bundesregierung (BMEUV) - beantwortet durch ( 4003/AB-BR/2024</u>	<u>4319/J-BR/2024</u>
02.12.2024	J-BR	<u>Spesen und Repräsentationsausgaben der Bundesregierung (BMF) - beantwortet durch ( 3971/AB-BR/2024</u>	<u>4318/J-BR/2024</u>

02.12.2024	J-BR	<u>Spesen und Repräsentationsausgaben der Bundesregierung (BMFFIM) - beantwortet durch ( 3996/AB-BR/2024</u>	<u>4317/J-BR/2024</u>
02.12.2024	J-BR	<u>Spesen und Repräsentationsausgaben der Bundesregierung (BMBWF) - beantwortet durch ( 3982/AB-BR/2024</u>	<u>4316/J-BR/2024</u>
02.12.2024	J-BR	<u>Spesen und Repräsentationsausgaben der Bundesregierung (BKA) - beantwortet durch ( 4004/AB-BR/2024</u>	<u>4315/J-BR/2024</u>
02.12.2024	J-BR	<u>Spesen und Repräsentationsausgaben der Bundesregierung (BMJ) - beantwortet durch ( 3989/AB-BR/2024</u>	<u>4314/J-BR/2024</u>
02.12.2024	J-BR	<u>Spesen und Repräsentationsausgaben der Bundesregierung (BML) - beantwortet durch ( 3984/AB-BR/2024</u>	<u>4313/J-BR/2024</u>
02.12.2024	J-BR	<u>Spesen und Repräsentationsausgaben der Bundesregierung (BMLV) - beantwortet durch ( 3979/AB-BR/2024</u>	<u>4312/J-BR/2024</u>
02.12.2024	J-BR	<u>Spesen und Repräsentationsausgaben der Bundesregierung (BMEIA) - beantwortet durch ( 3992/AB-BR/2024</u>	<u>4311/J-BR/2024</u>
02.12.2024	J-BR	<u>Spesen und Repräsentationsausgaben der Bundesregierung (BMSGPK) - beantwortet durch ( 3976/AB-BR/2024</u>	<u>4310/J-BR/2024</u>
02.12.2024	J-BR	<u>Kosten der Ministerbüros im 3. Quartal 2024 (BMEIA) - beantwortet durch ( 3994/AB-BR/2024</u>	<u>4308/J-BR/2024</u>
02.12.2024	J-BR	<u>Kosten der Ministerbüros im 3. Quartal 2024 (BMFFIM) - beantwortet durch ( 4005/AB-BR/2024</u>	<u>4307/J-BR/2024</u>
02.12.2024	J-BR	<u>Kosten der Ministerbüros im 3. Quartal 2024 (BMBWF) - beantwortet durch ( 3981/AB-BR/2024</u>	<u>4306/J-BR/2024</u>
02.12.2024	J-BR	<u>Kosten der Ministerbüros im 3. Quartal 2024 (BMKÖS) - beantwortet durch ( 4000/AB-BR/2024</u>	<u>4305/J-BR/2024</u>
02.12.2024	J-BR	<u>Kosten der Ministerbüros im 3. Quartal 2024 (BMLV) - beantwortet durch ( 3978/AB-BR/2024</u>	<u>4304/J-BR/2024</u>
02.12.2024	J-BR	<u>Kosten der Ministerbüros im 3. Quartal 2024 (BMF) - beantwortet durch ( 3970/AB-BR/2024</u>	<u>4303/J-BR/2024</u>
02.12.2024	J-BR	<u>Kosten der Ministerbüros im 3. Quartal 2024 (BMEUV) - beantwortet durch ( 4006/AB-BR/2024</u>	<u>4302/J-BR/2024</u>

02.12.2024	J-BR	<u>Kosten der Ministerbüros im 3. Quartal 2024 (BMK) - beantwortet durch ( 3998/AB-BR/2024</u>	<u>4301/J-BR/2024</u>
02.12.2024	J-BR	<u>Kosten der Ministerbüros im 3. Quartal 2024 (BMI) - beantwortet durch ( 4011/AB-BR/2024</u>	<u>4300/J-BR/2024</u>
02.12.2024	J-BR	<u>Kosten der Ministerbüros im 3. Quartal 2024 (BMAW) - beantwortet durch ( 3974/AB-BR/2024</u>	<u>4299/J-BR/2024</u>
02.12.2024	J-BR	<u>Kosten der Ministerbüros im 3. Quartal 2024 (BML) - beantwortet durch ( 3985/AB-BR/2024</u>	<u>4298/J-BR/2024</u>
02.12.2024	J-BR	<u>Kosten der Ministerbüros im 3. Quartal 2024 (BMJ) - beantwortet durch ( 3988/AB-BR/2024</u>	<u>4297/J-BR/2024</u>
02.12.2024	J-BR	<u>Kosten der Ministerbüros im 3. Quartal 2024 (BKA) - beantwortet durch ( 4007/AB-BR/2024</u>	<u>4296/J-BR/2024</u>
02.12.2024	J-BR	<u>Werbe- und PR-Ausgaben der Bundesregierung im 3. Quartal 2024 (BMEIA) - beantwortet durch ( 3993/AB-BR/2024</u>	<u>4295/J-BR/2024</u>
02.12.2024	J-BR	<u>Werbe- und PR-Ausgaben der Bundesregierung im 3. Quartal 2024 (BMLV) - beantwortet durch ( 3977/AB-BR/2024</u>	<u>4294/J-BR/2024</u>
02.12.2024	J-BR	<u>Werbe- und PR-Ausgaben der Bundesregierung im 3. Quartal 2024 (BMSGPK) - beantwortet durch ( 3980/AB-BR/2024</u>	<u>4293/J-BR/2024</u>
02.12.2024	J-BR	<u>Werbe- und PR-Ausgaben der Bundesregierung im 3. Quartal 2024 (BMFFIM) - beantwortet durch ( 3995/AB-BR/2024</u>	<u>4292/J-BR/2024</u>
02.12.2024	J-BR	<u>Werbe- und PR-Ausgaben der Bundesregierung im 3. Quartal 2024 (BMBWF) - beantwortet durch ( 3983/AB-BR/2024</u>	<u>4291/J-BR/2024</u>
02.12.2024	J-BR	<u>Werbe- und PR-Ausgaben der Bundesregierung im 3. Quartal 2024 (BMF) - beantwortet durch ( 3972/AB-BR/2024</u>	<u>4290/J-BR/2024</u>
02.12.2024	J-BR	<u>Werbe- und PR-Ausgaben der Bundesregierung im 3. Quartal 2024 (BMEUV) - beantwortet durch ( 4008/AB-BR/2024</u>	<u>4289/J-BR/2024</u>

02.12.2024	J-BR	<u>Werbe- und PR-Ausgaben der Bundesregierung im 3. Quartal 2024 (BMK) - beantwortet durch ( 3997/AB-BR/2024</u>	<u>4288/J-BR/2024</u>
02.12.2024	J-BR	<u>Werbe- und PR-Ausgaben der Bundesregierung im 3. Quartal 2024 (BMI) - beantwortet durch ( 3991/AB-BR/2024</u>	<u>4287/J-BR/2024</u>
02.12.2024	J-BR	<u>Werbe- und PR-Ausgaben der Bundesregierung im 3. Quartal 2024 (BMKÖS) - beantwortet durch ( 4001/AB-BR/2024</u>	<u>4286/J-BR/2024</u>
02.12.2024	J-BR	<u>Werbe- und PR-Ausgaben der Bundesregierung im 3. Quartal 2024 (BMAW) - beantwortet durch ( 3973/AB-BR/2024</u>	<u>4285/J-BR/2024</u>
02.12.2024	J-BR	<u>Werbe- und PR-Ausgaben der Bundesregierung im 3. Quartal 2024 (BKA) - beantwortet durch ( 4009/AB-BR/2024</u>	<u>4284/J-BR/2024</u>
02.12.2024	J-BR	<u>Werbe- und PR-Ausgaben der Bundesregierung im 3. Quartal 2024 (BML) - beantwortet durch ( 3986/AB-BR/2024</u>	<u>4283/J-BR/2024</u>
02.12.2024	J-BR	<u>Werbe- und PR-Ausgaben der Bundesregierung im 3. Quartal 2024 (BMJ) - beantwortet durch ( 3987/AB-BR/2024</u>	<u>4282/J-BR/2024</u>
29.11.2024	J-BR	<u>Kosten der Ministerbüros im 3. Quartal 2024 (BMSGPK) - beantwortet durch ( 3969/AB-BR/2024</u>	<u>4309/J-BR/2024</u>
25.11.2024	J-BR	<u>Budgetvollzug und -planung (BKA) - beantwortet durch ( 3961/AB-BR/2024</u>	<u>4281/J-BR/2024</u>
25.11.2024	J-BR	<u>Budgetvollzug und -planung (BMEUV) - beantwortet durch ( 3962/AB-BR/2024</u>	<u>4279/J-BR/2024</u>
25.11.2024	J-BR	<u>Budgetvollzug und -planung (BMKÖS) - beantwortet durch ( 3968/AB-BR/2024</u>	<u>4277/J-BR/2024</u>
25.11.2024	J-BR	<u>Budgetvollzug und -planung (BMI) - beantwortet durch ( 3967/AB-BR/2024</u>	<u>4276/J-BR/2024</u>
25.11.2024	J-BR	<u>Budgetvollzug und -planung (BMSGPK) - beantwortet durch ( 3965/AB-BR/2024</u>	<u>4275/J-BR/2024</u>
25.11.2024	J-BR	<u>Budgetvollzug und -planung (BMFFIM) - beantwortet durch ( 3963/AB-BR/2024</u>	<u>4274/J-BR/2024</u>
25.11.2024	J-BR	<u>Budgetvollzug und -planung (BMBWF) - beantwortet durch ( 3958/AB-BR/2024</u>	<u>4273/J-BR/2024</u>
25.11.2024	J-BR	<u>Budgetvollzug und -planung (BMEIA) - beantwortet durch ( 3966/AB-BR/2024</u>	<u>4272/J-BR/2024</u>
25.11.2024	J-BR	<u>Budgetvollzug und -planung (BMLV) - beantwortet durch ( 3957/AB-BR/2024</u>	<u>4271/J-BR/2024</u>

25.11.2024	J-BR	<u>Budgetvollzug und -planung (BML) - beantwortet durch ( 3959/AB-BR/2024</u>	<u>4270/J-BR/2024</u>
25.11.2024	J-BR	<u>Budgetvollzug und -planung (BMJ) - beantwortet durch ( 3960/AB-BR/2024</u>	<u>4269/J-BR/2024</u>
25.11.2024	J-BR	<u>Budgetvollzug und -planung (BMAW) - beantwortet durch ( 3964/AB-BR/2024</u>	<u>4268/J-BR/2024</u>
20.11.2024	J-BR	<u>Budgetvollzug und -planung (BMK) - beantwortet durch ( 3951/AB-BR/2024</u>	<u>4278/J-BR/2024</u>
20.11.2024	J-BR	<u>Beteiligungsmanagement (BMAW) - beantwortet durch ( 3944/AB-BR/2024</u>	<u>4267/J-BR/2024</u>
20.11.2024	J-BR	<u>Beteiligungsmanagement (BMBWF) - beantwortet durch ( 3949/AB-BR/2024</u>	<u>4266/J-BR/2024</u>
20.11.2024	J-BR	<u>Beteiligungsmanagement (BMEIA) - beantwortet durch ( 3955/AB-BR/2024</u>	<u>4265/J-BR/2024</u>
20.11.2024	J-BR	<u>Beteiligungsmanagement (BMI) - beantwortet durch ( 3954/AB-BR/2024</u>	<u>4264/J-BR/2024</u>
20.11.2024	J-BR	<u>Beteiligungsmanagement (BMKÖS) - beantwortet durch ( 3956/AB-BR/2024</u>	<u>4263/J-BR/2024</u>
20.11.2024	J-BR	<u>Beteiligungsmanagement (BML) - beantwortet durch ( 3952/AB-BR/2024</u>	<u>4262/J-BR/2024</u>
20.11.2024	J-BR	<u>Beteiligungsmanagement (BMSGPK) - beantwortet durch ( 3945/AB-BR/2024</u>	<u>4261/J-BR/2024</u>
20.11.2024	J-BR	<u>Beteiligungsmanagement (BMEUV) - beantwortet durch ( 3946/AB-BR/2024</u>	<u>4260/J-BR/2024</u>
20.11.2024	J-BR	<u>Beteiligungsmanagement (BMFFIM) - beantwortet durch ( 3947/AB-BR/2024</u>	<u>4259/J-BR/2024</u>
20.11.2024	J-BR	<u>Beteiligungsmanagement (BMJ) - beantwortet durch ( 3953/AB-BR/2024</u>	<u>4258/J-BR/2024</u>
20.11.2024	J-BR	<u>Beteiligungsmanagement (BMK) - beantwortet durch ( 3950/AB-BR/2024</u>	<u>4257/J-BR/2024</u>
20.11.2024	J-BR	<u>Beteiligungsmanagement (BMLV) - beantwortet durch ( 3943/AB-BR/2024</u>	<u>4256/J-BR/2024</u>
20.11.2024	J-BR	<u>Beteiligungsmanagement (BKA) - beantwortet durch ( 3948/AB-BR/2024</u>	<u>4255/J-BR/2024</u>
19.11.2024	J-BR	<u>Beteiligungsmanagement (BMF) - beantwortet durch ( 3942/AB-BR/2024</u>	<u>4254/J-BR/2024</u>
18.11.2024	J-BR	<u>Auszahlung Kommunales Investitionsprogramm (KIG 2023) von Juni bis September 2024 (BMF) - beantwortet durch ( 3941/AB-BR/2024</u>	<u>4253/J-BR/2024</u>
15.11.2024	J-BR	<u>FPÖ-Finanzskandal in der Steiermark (BMJ) - beantwortet durch ( 3937/AB-BR/2024</u>	<u>4252/J-BR/2024</u>

15.11.2024	J-BR	<u>Zitierverbot durch die Hintertür (BMJ) - beantwortet durch ( 3936/AB-BR/2024</u>	<u>4251/J-BR/2024</u>
15.11.2024	J-BR	<u>aktuelle Geschäfts- und Personaleinteilung (BMLV) - beantwortet durch ( 3926/AB-BR/2024</u>	<u>4250/J-BR/2024</u>
15.11.2024	J-BR	<u>aktuelle Geschäfts- und Personaleinteilung (BMK) - beantwortet durch ( 3940/AB-BR/2024</u>	<u>4249/J-BR/2024</u>
15.11.2024	J-BR	<u>aktuelle Geschäfts- und Personaleinteilung (BMJ) - beantwortet durch ( 3935/AB-BR/2024</u>	<u>4248/J-BR/2024</u>
15.11.2024	J-BR	<u>aktuelle Geschäfts- und Personaleinteilung (BMFFIM) - beantwortet durch ( 3932/AB-BR/2024</u>	<u>4247/J-BR/2024</u>
15.11.2024	J-BR	<u>aktuelle Geschäfts- und Personaleinteilung (BMEUV) - beantwortet durch ( 3933/AB-BR/2024</u>	<u>4246/J-BR/2024</u>
15.11.2024	J-BR	<u>aktuelle Geschäfts- und Personaleinteilung (BML) - beantwortet durch ( 3931/AB-BR/2024</u>	<u>4244/J-BR/2024</u>
15.11.2024	J-BR	<u>aktuelle Geschäfts- und Personaleinteilung (BMI) - beantwortet durch ( 3938/AB-BR/2024</u>	<u>4243/J-BR/2024</u>
15.11.2024	J-BR	<u>aktuelle Geschäfts- und Personaleinteilung (BMF) - beantwortet durch ( 3929/AB-BR/2024</u>	<u>4242/J-BR/2024</u>
15.11.2024	J-BR	<u>aktuelle Geschäfts- und Personaleinteilung (BMEIA) - beantwortet durch ( 3939/AB-BR/2024</u>	<u>4241/J-BR/2024</u>
15.11.2024	J-BR	<u>aktuelle Geschäfts- und Personaleinteilung (BMBWF) - beantwortet durch ( 3930/AB-BR/2024</u>	<u>4240/J-BR/2024</u>
15.11.2024	J-BR	<u>aktuelle Geschäfts- und Personaleinteilung (BMKÖS) - beantwortet durch ( 3934/AB-BR/2024</u>	<u>4239/J-BR/2024</u>
15.11.2024	J-BR	<u>aktuelle Geschäfts- und Personaleinteilung (BMAW) - beantwortet durch ( 3927/AB-BR/2024</u>	<u>4238/J-BR/2024</u>
15.11.2024	J-BR	<u>aktuelle Geschäfts- und Personaleinteilung (BKA) - beantwortet durch ( 3928/AB-BR/2024</u>	<u>4237/J-BR/2024</u>
14.11.2024	J-BR	<u>aktuelle Geschäfts- und Personaleinteilung (BMSGPK) - beantwortet durch ( 3925/AB-BR/2024</u>	<u>4245/J-BR/2024</u>

13.11.2024	J-BR	<u>Budgetvollzug und -planung (BMF) - beantwortet durch ( 3924/AB-BR/2024</u>	<u>4280/J-BR/2024</u>
12.11.2024	J-BR	<u>Missbrauch von Blaulicht und Einsatzkräften für Medientermin von Gerhard Karner? (BMI) - beantwortet durch ( 3923/AB-BR/2024</u>	<u>4236/J-BR/2024</u>
11.11.2024	J-BR	<u>Lehrer:innenmangel und fehlende Administrative Assistenzen an Österreichs Schulen (BMBWF) - beantwortet durch ( 3922/AB-BR/2024</u>	<u>4235/J-BR/2024</u>
09.10.2024	J-BR	<u>Disziplinarrechtliche Verfahren gegen Grazer KFG-Gemeinderat Michael Winter (BMI) - beantwortet durch ( 3921/AB-BR/2024</u>	<u>4234/J-BR/2024</u>
11.09.2024	J-BR	<u>Weitere Verschärfung der Energiekrise? (BMK) - beantwortet durch ( 3917/AB-BR/2024</u>	<u>4232/J-BR/2024</u>
11.09.2024	J-BR	<u>Klimaticket wird durch Ausbaumisstände im Bahnnetz nutzlos (BMK) - beantwortet durch ( 3918/AB-BR/2024</u>	<u>4231/J-BR/2024</u>
11.09.2024	J-BR	<u>Wahlkampf-Schützenhilfe durch Mitarbeiter des Ministeriums (BML) - beantwortet durch ( 3913/AB-BR/2024</u>	<u>4230/J-BR/2024</u>
11.09.2024	J-BR	<u>Wahlkampf-Schützenhilfe durch Mitarbeiter des Ministeriums (BMEIA) - beantwortet durch ( 3916/AB-BR/2024</u>	<u>4229/J-BR/2024</u>
11.09.2024	J-BR	<u>Wahlkampf-Schützenhilfe durch Mitarbeiter des Ministeriums (BMK) - beantwortet durch ( 3919/AB-BR/2024</u>	<u>4228/J-BR/2024</u>
11.09.2024	J-BR	<u>Wahlkampf-Schützenhilfe durch Mitarbeiter des Ministeriums (BMJ) - beantwortet durch ( 3914/AB-BR/2024</u>	<u>4227/J-BR/2024</u>
11.09.2024	J-BR	<u>Wahlkampf-Schützenhilfe durch Mitarbeiter des Ministeriums (BMF) - beantwortet durch ( 3908/AB-BR/2024</u>	<u>4226/J-BR/2024</u>
11.09.2024	J-BR	<u>Wahlkampf-Schützenhilfe durch Mitarbeiter des Ministeriums (BMEUV) - beantwortet durch ( 3912/AB-BR/2024</u>	<u>4225/J-BR/2024</u>
11.09.2024	J-BR	<u>Wahlkampf-Schützenhilfe durch Mitarbeiter des Ministeriums (BMFFIM) - beantwortet durch ( 3911/AB-BR/2024</u>	<u>4224/J-BR/2024</u>
11.09.2024	J-BR	<u>Wahlkampf-Schützenhilfe durch Mitarbeiter des Ministeriums (BMI) - beantwortet durch ( 3920/AB-BR/2024</u>	<u>4223/J-BR/2024</u>

11.09.2024	J-BR	<u>Wahlkampf-Schützenhilfe durch Mitarbeiter des Ministeriums (BMKÖS) - beantwortet durch ( 3915/AB-BR/2024</u>	<u>4222/J-BR/2024</u>
11.09.2024	J-BR	<u>Wahlkampf-Schützenhilfe durch Mitarbeiter des Ministeriums (BMLV) - beantwortet durch ( 3907/AB-BR/2024</u>	<u>4221/J-BR/2024</u>
11.09.2024	J-BR	<u>Wahlkampf-Schützenhilfe durch Mitarbeiter des Ministeriums (BMBWF) - beantwortet durch ( 3909/AB-BR/2024</u>	<u>4220/J-BR/2024</u>
11.09.2024	J-BR	<u>Wahlkampf-Schützenhilfe durch Mitarbeiter des Ministeriums (BMAW) - beantwortet durch ( 3906/AB-BR/2024</u>	<u>4219/J-BR/2024</u>
11.09.2024	J-BR	<u>Wahlkampf-Schützenhilfe durch Mitarbeiter des Bundeskanzleramts (BKA) - beantwortet durch ( 3910/AB-BR/2024</u>	<u>4217/J-BR/2024</u>
10.09.2024	J-BR	<u>Wahlkampf-Schützenhilfe durch Mitarbeiter des Ministeriums (BMSGPK) - beantwortet durch ( 3898/AB-BR/2024</u>	<u>4218/J-BR/2024</u>
10.09.2024	J-BR	<u>Verweigern Sie die Vollziehung eines Bundesgesetzes, Herr Minister? (BMI) - beantwortet durch ( 3903/AB-BR/2024</u>	<u>4216/J-BR/2024</u>
10.09.2024	J-BR	<u>ÖVP-Politik treibt Bildungssystem in den Ruin - wir erwarten uns Antworten, Herr Minister! (BMBWF) - beantwortet durch ( 3899/AB-BR/2024</u>	<u>4215/J-BR/2024</u>
10.09.2024	J-BR	<u>Nationaler Bildungsbericht, Ergebnisse und aktuelle Daten - Folgeanfrage (BMBWF) - beantwortet durch ( 3901/AB-BR/2024</u>	<u>4214/J-BR/2024</u>
10.09.2024	J-BR	<u>Aufenthaltstitel von Imamen (BMI) - beantwortet durch ( 3904/AB-BR/2024</u>	<u>4213/J-BR/2024</u>
10.09.2024	J-BR	<u>Pläne hinsichtlich des angekündigten Bildungscampus in Feldkirchen bei Graz (BMBWF) - beantwortet durch ( 3902/AB-BR/2024</u>	<u>4212/J-BR/2024</u>
10.09.2024	J-BR	<u>bereits auffälliger Asylwerber schlägt abermals zu (BMJ) - beantwortet durch ( 3900/AB-BR/2024</u>	<u>4211/J-BR/2024</u>
10.09.2024	J-BR	<u>Fairness für die Tiroler Gemüsebauern (BML) - beantwortet durch ( 3905/AB-BR/2024</u>	<u>4210/J-BR/2024</u>
29.08.2024	JPR-BR	<u>Tätigkeitsbericht des Bundesrats</u>	<u>4233/JPR-BR/2024</u>
27.08.2024	J-BR	<u>Bereits auffälliger Asylwerber schlägt abermals zu (BMI) - beantwortet durch ( 3894/AB-BR/2024</u>	<u>4207/J-BR/2024</u>

27.08.2024	J-BR	<u>ASFINAG Mautstelle Schönberg (BMK) - beantwortet durch ( 3896/AB-BR/2024</u>	<u>4206/J-BR/2024</u>
27.08.2024	J-BR	<u>Wahlkampfaktik auf Kosten der Pendler? (BMK) - beantwortet durch ( 3895/AB-BR/2024</u>	<u>4205/J-BR/2024</u>
26.08.2024	J-BR	<u>Geschmacklose Informationskampagne für eine Minderheit (BMSGPK) - beantwortet durch ( 3893/AB-BR/2024</u>	<u>4208/J-BR/2024</u>
23.08.2024	J-BR	<u>Polizei-Waffenübungen mitten im Wohngebiet Biotope City in Wien (BMI) - beantwortet durch ( 3892/AB-BR/2024</u>	<u>4201/J-BR/2024</u>
09.08.2024	J-BR	<u>Schüler*innen und Lehrlingsfreifahrt für alle in Ausbildung (BMFFIM) - beantwortet durch ( 3890/AB-BR/2024</u>	<u>4200/J-BR/2024</u>
09.08.2024	J-BR	<u>Schüler*innen und Lehrlingsfreifahrt für alle in Ausbildung (BMAW) - beantwortet durch ( 3889/AB-BR/2024</u>	<u>4199/J-BR/2024</u>
09.08.2024	J-BR	<u>Schüler*innen und Lehrlingsfreifahrt für alle in Ausbildung (BMBWF) - beantwortet durch ( 3888/AB-BR/2024</u>	<u>4198/J-BR/2024</u>
09.08.2024	J-BR	<u>Schüler*innen und Lehrlingsfreifahrt für alle in Ausbildung (BMK) - beantwortet durch ( 3891/AB-BR/2024</u>	<u>4197/J-BR/2024</u>
06.08.2024	J-BR	<u>gesetzliche Verpflichtung von Aufsichtstätigkeiten im Verkehrsträger Eisenbahn (BMK) - beantwortet durch ( 3887/AB-BR/2024</u>	<u>4196/J-BR/2024</u>
29.07.2024	J-BR	<u>Situation des Sektenwesens in der Steiermark (BKA) - beantwortet durch ( 3881/AB-BR/2024</u>	<u>4194/J-BR/2024</u>
29.07.2024	J-BR	<u>Kurzsichtigkeit beim Ausbau des Bahnnetzes! (BMK) - beantwortet durch ( 3884/AB-BR/2024</u>	<u>4193/J-BR/2024</u>
29.07.2024	J-BR	<u>Stillstand bei der Konkretisierung teurer Infrastrukturprojekte! (BMK) - beantwortet durch ( 3883/AB-BR/2024</u>	<u>4192/J-BR/2024</u>
29.07.2024	J-BR	<u>Sexualstraftaten (BMJ) - beantwortet durch ( 3886/AB-BR/2024</u>	<u>4191/J-BR/2024</u>
29.07.2024	J-BR	<u>Schulwegsicherung Steiermark (BMI) - beantwortet durch ( 3882/AB-BR/2024</u>	<u>4190/J-BR/2024</u>
29.07.2024	J-BR	<u>Bestrebungen zur Errichtung eines "Nationalstadions" in der Steiermark (BMKÖS) - beantwortet durch ( 3885/AB-BR/2024</u>	<u>4189/J-BR/2024</u>

26.07.2024	J-BR	<u>steirische Hebammen mit Kassenvertrag (BMSGPK) - beantwortet durch ( 3880/AB-BR/2024</u>	<u>4195/J-BR/2024</u>
22.07.2024	J-BR	<u>Will ein Geheimpapier den NATO-Beitritt durch die Hintertür? (BMLV) - beantwortet durch ( 3878/AB-BR/2024</u>	<u>4187/J-BR/2024</u>
22.07.2024	J-BR	<u>Will ein Geheimpapier den NATO-Beitritt durch die Hintertür? (BMEIA) - beantwortet durch ( 3879/AB-BR/2024</u>	<u>4186/J-BR/2024</u>
16.07.2024	J-BR	<u>Umgang mit Ramadan-Fest in Schulen (BMBWF) - beantwortet durch ( 3877/AB-BR/2024</u>	<u>4185/J-BR/2024</u>
15.07.2024	J-BR	<u>"Klasse Job" - Flop? (BMBWF) - beantwortet durch ( 3876/AB-BR/2024</u>	<u>4184/J-BR/2024</u>
15.07.2024	J-BR	<u>Nebenerwerbsbürgermeister oder Nebenerwerbsdirektor? (BMBWF) - beantwortet durch ( 3875/AB-BR/2024</u>	<u>4183/J-BR/2024</u>
10.07.2024	J-BR	<u>ÖVP-Politik treibt Bildungssystem in den Ruin (BMBWF) - Dringliche Anfrage</u>	<u>4209/J-BR/2024</u>

Tabelle 3: Anfragen des Bundesrates; Quelle: Homepage des österreichischen Parlaments [Anfragen & Beantwortungen | Parlament Österreich](#)

## 8. Übersicht der Tätigkeiten des Bundesrates 2024

	Anzahl
Sitzungen	11
Gemeinsame Sitzungen NR/BR	-
Bundesversammlung	-
<b>In Verhandlung genommen:</b>	
Gesetzesbeschlüsse	135
davon Zustimmungen nach Art. 44 Abs. 2 B-VG	8
davon keine Zustimmung nach Art. 44 Abs. 2 B-VG	-
davon Zustimmung nach Art. 30a B-VG	1
davon Zustimmung nach § 58 Abs. 5 GO-BR	1
davon Einsprüche	1
davon 8-Wochen-Fristablauf	-
Ablehnung im Plenum	-
Übergang zur Tagesordnung	-
Stimmengleichheit	-
Staatsverträge	17
davon Zustimmungen nach Art. 50 Abs. 2 Z. 2 B-VG	7
davon Zustimmungen nach Art. 50 Abs. 1 Z. 2 iVm Art. 50 Abs. 4 B-VG	-
davon Fälle von Art. 50 Abs. 2 Z. 3 B-VG	-
davon Fälle von Art. 50 Abs. 2 Z. 4 B-VG	1
davon Art. 15a B-VG-Vereinbarungen	6
Beschlüsse des Nationalrates gemäß § 35b Datenschutzgesetz	1
Berichte der Bundesregierung und ihrer Mitglieder	7
Berichte der Volksanwaltschaft	-
Selbständige Anträge	2
davon Gesetzesanträge	1
davon Selbständige Entschließungsanträge	-
Bericht und Antrag eines Ausschusses gemäß Art. 23 Abs. 1 GO-BR	-
eine dem Ausschussbericht angeschlossene Entschließung	-
Stellungnahmen gemäß Art. 23e Abs. 1 B-VG	-
Petitionen	-
<b>Eingebracht:</b>	
Schriftliche Anfragen	186
davon Dringliche Anfragen	9
davon Anfragen an den/die Präsident/in des Bundesrates	1
	62

Besprechungen von Anfragebeantwortungen	-
Selbständige Anträge	1
davon Anträge auf Änderung der Geschäftsordnung	-
davon Gesetzesanträge	-
davon Anträge eines Drittels der Mitglieder des Bundesrates gemäß Art. 41 Abs. 1 B-VG	-
davon Selbständige Entschließungsanträge	-
Unselbständige Entschließungsanträge	52
davon angenommen	4
Anträge, Einspruch zu erheben	-
Abänderungsanträge	-
Fristsetzungsanträge	-
davon angenommen	-
Petitionen	2
<b>Sonstiges:</b>	
Erklärungen von Landeshauptleuten	2
Erklärungen von Mitgliedern der Bundesregierung	-
Fragestunden	1
Aktuelle Stunden	9
Durchführung einer Enquete	1
<b>Sitzungen der Ausschüsse des Bundesrates:</b>	
EU-Ausschuss	9
Begründete Stellungnahmen gemäß Art. 23g Abs. 1 B-VG	-
Stellungnahmen gemäß Art. 23e Abs. 1 B-VG	-
Mitteilungen gemäß Art. 23f Abs. 4 B-VG	-
Aktuelle Aussprache	3
Ausschuss für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz	6
Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten	2
Ausschuss für BürgerInnenrechte und Petitionen	2
Ausschuss für Familie und Jugend	-
Finanzausschuss	8
Geschäftsordnungsausschuss	1
Gesundheitsausschuss	5
Gleichbehandlungsausschuss	2

Ausschuss für innere Angelegenheiten	2
Ausschuss für Innovation, Technologie und Zukunft	1
Justizausschuss	3
Kinderrechteausschuss	1
Landesverteidigungsausschuss	2
Ausschuss für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	2
Ausschuss für Sportangelegenheiten	-
Ausschuss für Tourismus, Kunst und Kultur	2
Umweltausschuss	3
Unterrichtsausschuss	1
Unvereinbarkeitsausschuss	3
Ausschuss für Verfassung und Föderalismus	3
Ausschuss für Verkehr	5
Wirtschaftsausschuss	5
Ausschuss für Wissenschaft und Forschung	2
Ständiger gemeinsamer Ausschuss iSd § 9 F-VG 1948	-

*Tabelle 4: Übersicht der Tätigkeiten des Bundesrates 2024; Quelle: Bundesratsdienst der Parlamentsdirektion; Tätigkeiten des Bundesrates 2024 ([Tätigkeiten des Bundesrates bf](#))*